

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1925**

14.3.1925 (No. 73)

# Badischer Beobachter

Erstausgabe einmal wöchentlich, auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen: „Blätter für den Familienrat“, „Kunst und Wissenschaft“, „Frauenrundschau“ und „Sterne und Blumen“. Schluss der Anzeigen-Annahme: nachm. halb 6 Uhr. — Preis: 1 Pf. — Postabnahme: 535, Redaktion 572. — In Abwesenheit von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

## Der Wahlkampf beginnt!

### Im Zeichen der Fünf-Männer-Kandidatur!

### Die Parole des Zentrums: Marx!

(Eigener Drahtbericht)  
J. H. Berlin, 13. März.

Wir haben gestern die Ereignisse in dem Woblausschuss, die zum Scheitern der Sammellandidatur Gehler führten, mit gutem Vorbedacht in ihren Einzelheiten wiedergegeben, weil vorauszusehen war, daß von den Rechtsparteien, bezogen von ihrer Presse der Öffentlichkeit vorgegaukelt werden würde, daß die Verhandlungen durch die Schuld des Zentrums gescheitert seien. In Wirklichkeit sind die Verhandlungen über die Sammellandidatur im tiefsten Grunde daran gescheitert, daß die Rechtsparteien selbst eine Kandidatur Gehler nicht mehr wünschten, weil sie aus dem Bande von den Vaterländischen Verbänden und sonstigen Organisationen mit Telegrammen überflogen wurden, in denen davor gewarnt wurde, den Republikaner Gehler als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Graf Westarp hatte ja in der Sitzung des Woblausschusses am Donnerstag ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wegen der Agitation einer bestimmten Presse die Kandidatur Gehler von einem Teil seiner Freunde — er nannte ausdrücklich die Vaterländischen Verbände — sehr skeptisch angesehen werde.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß durch den Artikel des „Berliner Tageblatt“, in dem Gehler's letzte Rede im Wahlkampf für die Republik und ihre Farben Schwarz-rot-gold zum Abdruck gebracht worden war, die Mißstimmung auf der rechten Seite lebhaft gesteigert worden ist. Auch die heutigen Neußerungen der Berliner Rechtspresse beweisen deutlich, daß die Rechtsparteien heifroh waren, daß die Kandidatur Gehler nicht zustande kam. Sie waren auf diese Kandidatur nur zum Scheine eingegangen und wollten die Schuld an dem Scheitern dieser Kandidatur nur dem Zentrum zuschieben. Daß sich der Zentrumsführer Houghton hierzu nicht herab, wird ihm von der rechten Seite übel angekreidet. Man schimpft in allen Tonarten auf die Verschleppungstaktik, die das Zentrum getrieben habe, während man doch selbst weiß, daß die Schwierigkeiten der Kandidatur Gehler in der Hauptsache von der Deutschen Volkspartei herkommen, namentlich von deren vielseitigem Führer Stresemann. Selbst ein so radikales Blatt wie die „Deutsche Tageszeitung“ muß heute zugeben, daß man in der Beurteilung der Schuldfrage nicht halt zu machen vermöge vor höchst bedauerlichen, aber auch charakteristischen Vorgängen im Lager der Rechtsparteien. Aber trotz allem ist nach deutschnationaler Logik das Zentrum an dem Scheitern der Verhandlungen um die Kandidatur Gehler schuld.

Wir wollen nicht im einzelnen auf die verlogene Kampfesweise der Rechtspresse eingehen, besonders nicht auf die langatmigen Erklärungen des „Berliner Lok-Anz.“, der noch am Donnerstag vor Aufträgen des Woblausschusses an Stresemann und die Volkspartei ziemlich deutliche Drohungen gerichtet hatte; heute morgen hat der Lokalanzeiger alles vergessen und schleudert hinterher gegen das Zentrum seinen Fluch, den es noch gestern Abend für Herrn Stresemann bereit gehalten hatte.

Die Rechtsparteien wollten nicht die Kandidatur Gehler. Sie suchten nur nach dem Vorwand, aus den Verhandlungen mit heiler Haut herauszukommen. Diese Dinge lassen sich aber durch noch so viele falsche Darstellungen der Rechtspresse nicht aus der Welt schaffen. Niemands hat die Rechtspresse für die Kandidatur Zares bereits die Wahlproklamation ausgenommen. Der „Berliner Lokalanzeiger“ bringt heute auf der ersten Seite ein mächtiges Bild des „nationalen Sammellandidaten“. Der „Vorwärts“ hat nicht ganz Unrecht, wenn er meint, daß es sehr nötig wäre, daß der „Lokalanzeiger“ Herrn Zares seinen Lebern bildlich vor „Deutscher Tageszeitung“, die davon spricht, „Auen“ über... da ihm kein Mensch kenne. Geradezu lächerlich ist die Neußerung der Zares sei kein unbekanntes Blatt. Aber was auf diesem Blatt steht, sei wahrlich erfreulicher zu lesen, als was man von Braun

oder Marx oder Herrn Sellpach — von Thälmann dem Kommunisten ganz zu schweigen — oder auf alle 4 geschrieben werden könnte. Die „Deutsche Tageszeitung“ löst das Rätselgeheimnis damit: denn Herr Dr. Zares ist Bürgermeister. Uns will scheinen, als ob die kommunalpolitischen Fähigkeiten von Zares vor den politischen des Zentrumsanwärters vollends verschwinden. Marx fragt weit über die anderen Kandidaten hinaus, während die Kandidatur Zares von der Rechten als eine Kampfkandidatur abgestempelt wird, ist der Zentrumsführer Marx auf den Ausgleich und die Versöhnung zwischen den Schichten und Ständen abgestimmt. Das zu betonen, erscheint uns gerade in diesem Augenblick nötig.

### Vorbereitung zum Wahlkampf.

(Eigener Drahtbericht)  
J. H. Berlin, 13. März.  
Dr. Zares hat heute in Berlin eingetroffen und hat an den Beratungen des Woblausschusses teilgenommen. Dieser Ausschuss hat seine Arbeiten zur Vorbereitung des Wahlkampfes aufgenommen und wird in Kürze einen Aufruf für die Kandidatur Zares veröffentlichen.

In einer Vertreterversammlung des Reichslandbundes wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der der Reichslandbund seinen Mitgliedern vorschlägt, für die „nationale Sammellandidatur“ des Herrn Dr. Zares zu stimmen.

### Die Sicherheitsfrage. Ein französisch-englisch-belgischer Defensivpakt.

Paris, 13. März. In der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten fand gestern eine Aussprache über das Sicherheitsproblem statt. Der Vorsitzende, Franklin Bouillon, gab nach den Morgenblättern eine sehr umfassende Darstellung der verschiedenen einzelnen Fragen des Sicherheitsproblems.

Nach längerer Aussprache stellte die Kommission einstimmig fest, daß die Räumung Belgiens nicht in Frage kommen könne, solange das französische Sicherheitsproblem ungelöst sei. Weiter wurden gegen den deutschen Sicherheitspaktvoranschlag starke Bedenken geltend gemacht, besonders mit Rücksicht auf die territoriale Unversehrtheit der kleinen Staaten Zentraleuropas, die Frankreich, wie es in dem offiziellen Bericht heißt, unmöglich im Stich lassen könne. Als einzige wirksame Lösung des Sicherheitsproblems wurde einstimmig der Abschluß eines französisch-englisch-belgischen Defensivpaktes empfohlen.

Gleichzeitig hat die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz Lucien Dubert eine Sitzung abgehalten, in der sie zu dem Bericht des Generals Bourgeois über die militärische Lage Deutschlands Stellung nahm. General Bourgeois betonte die weitgehenden Verfehlungen Deutschlands gegen die Abrüstungsklauseln des Versailler Vertrages. Nach sehr lebhafter Aussprache, an der sich besonders Poincaré und de Jouvenel beteiligten, faßte die Kommission ihren Standpunkt in folgenden Punkten zusammen:

1. Zweckmäßigkeit einer baldigen Veröffentlichung des Generalberichtes der Militärkontrollkommission im Einverständnis mit den Alliierten.
2. Notwendigkeit, die Kontrolle erst aufzuheben, sobald die fünf von der Votschafferkonferenz in ihrer Note vom September 1922 angegebenen Punkte vollständig erfüllt worden sind.
3. Jede Abmachung mit Deutschland muß von dem vorbehaltlosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig gemacht werden (1).

### Houghton über die Lage Deutschlands.

New York, 13. März. Houghton hatte auch gestern wieder ausführliche Besprechungen mit Coolidge, in denen er über die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland eingehend berichtete. Er wies darauf hin, daß die Entwicklung Deutschlands nicht allein von seiner wirtschaftlichen, sondern auch von seiner politischen Lage abhängig sei. Die deutsche Re-

gierung mache sich allmählich immer mehr von dem sozialistischen Einfluß frei und sei im Begriff, eine rein bürgerliche Regierung zu werden. Eine monarchistische Frage bestehe in Deutschland nicht, es sei vielmehr möglich, daß Deutschland später einmal zur Monarchie zurückkehre, jedoch sei für absehbare Zeit nicht daran zu denken. Eine Monarchie würde auch nur eine demokratische Scheinmonarchie sein. Houghton betonte noch einmal ausdrücklich, daß Deutschland völlig abgerückt habe. Die Republik erstrebe ohne Zweifel den Frieden. Alles, was über die deutschen Klüftungen und die Militarisierung der Schulpolizei verbreitet wurde, sei ein Märchen, ebenso, daß jeder zehnte Schulpolizist ein Gewehr habe (1).

Deutschland habe sich im letzten Jahre schon sehr bald emporgearbeitet, was größte Bewunderung verdiene, jedoch sei es noch immer von seiner früheren Stellung weit entfernt und müsse noch viel arbeiten, bis es den alten Wohlstand wieder erreicht habe. Es sei jedoch damit zu rechnen, daß Deutschland in nicht allzu ferne Zeit wieder dieselbe wirtschaftliche Größe erreiche, die es vor dem Kriege hatte.

### Der Eisenbahnerstreik.

2,3 Prozent der Eisenbahner im Streik. Berlin, 13. März. Nachdem gestern Mittag die Parteien im Reichsarbeitsministerium zusammengekommen waren und ihren Standpunkt formuliert hatten, sind sie heute Mittag vor den Schlichtern zusammengetreten. Die Gesamtzahl der Streikenden im Reich hat sich auf 10 000 Mann erhöht und beträgt heute 2,3 Proz. der gesamten Arbeiterkraft. Beamte sind bis heute nicht entlassen worden und haben sich auch nirgends an dem Streik beteiligt oder den Dienst verweigert.

### Die Strafanträge im württembergischen Kommunistenprozess.

Leipzig, 13. März. Im Prozess gegen die württembergischen Kommunisten vor dem 2. Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik beantragte der Vertreter der Reichsanwaltschaft für den Angeklagten Fröh 3 Jahre Zuchthaus, und für die übrigen neun Angeklagten Gefängnisstrafen von 7 Monaten bis zu einem Jahre, sechs Monaten. Das Urteil wird heute nachmittag verkündet werden.

### Der zweite Rothard-Prozess.

Magdeburg, 13. März. Seitens wurde der Geschäftsführer Brolat vernommen, der im letzten Kriegsjahre in der Berliner Rüstungsindustrie gearbeitet hatte und sich über die damalige Stimmung in der Arbeiterkraft äußert. Er habe sich zunächst während des Januarstreiks gegen eine Beteiligung an der Streikleitung getraut, habe aber schließlich dem Drängen der Betriebe nachgegeben. Der Eintritt sei erfolgt, um den Streik schnellstens zu beenden und um noch größeren Unfrieden zu verhindern. Als nächster Zeuge wird der Berliner Bezirkssekretär der Sozialdemokratischen Partei, Wuschel vernommen, der ähnliche Aussagen wie Brolat macht. Wenn die Regierung eine vernünftige Haltung gezeigt hätte, hätte der Streik sofort beendet werden können.

In der Nachmittagsitzung erklärte der Herausgeber des „Deutschen Vorwärts“, Emil Lange, der 1918 Reichstagsabgeordneter des sozialdemokratischen „Vorwärts“ war, der Parteivorstand habe ein Ausschreißrecht über die Redaktion gehabt, die nach seinen Anweisungen schreiben mußte. Der nächste Zeuge, Redakteur Franke, der 1918 dem rechten Flügel der Sozialdemokratie angehörte, sagte aus, daß seine Gruppe den Eintritt des Parteivorstandes in die Streikleitung für einen taktischen Fehler gehalten und angenommen habe, der Eintritt sei nur erfolgt, um weiteres Abströmen der Mitglieder zu den Unabhängigen zu vermeiden. — Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt.

Dem Zeugen Scheidemann wird heute in der Vernehmung eine Reihe von Vorhalten aus seinem Buche gemacht. Er erklärt dazu, daß er dieses Buch in 12 Tagen geschrieben habe und heute nicht für jede einzelne Redewendung aufkommen könne. Der Zeuge glaubt, daß der Streik sofort erledigt gewesen wäre, wenn nicht Waltraf die Verhandlungen mit den Streikenden abgelehnt hätte. Dem Zeugen Scheidemann wird dann eine Reihe von Reden von ihm und Ebert im Hause des Reichspräsidenten vorgelesen, in denen die Sympathie mit den streikenden österreichischen Arbeitern ausgedrückt wird. Hierauf tritt eine Mittagspause ein.

### Für Marx!

Endlich beginnt sich der Nebel, der über der Reichspräsidentenfrage lag, etwas zu lichten. Aber was man hinter den sich hebenden Schleieren sieht, ist nicht in allem erfreulich. Eine Sammellandidatur großen Stils hat sich als unmöglich erwiesen — wenigstens für den ersten Wahlgang. Das deutsche Parteileben ist zu zerplittert und einseitigen noch von zu starken Gegenkräften durchsetzt, als daß schon bei der ersten Wahl des Reichspräsidenten ein etwas einheitlicher Aufmarsch der Parteien hätte erfolgen können. Vielleicht wird's später, wenn wir die ersten Erfahrungen hinter uns haben, besser. Manche erinnern an die amerikanischen Präsidentschaftswahlen und ihr verhältnismäßig so einfaches, klares Bild. Aber in Amerika sind eben bloß zwei oder höchstens drei große politische Richtungen: Republikaner, Demokraten und Arbeiterpartei. Die ersten zwei haben in der Vergangenheit im Besitz des Präsidentschaftsamtens abgewechselt. Bei uns dagegen ist man noch nicht einmal überall über die Grundlagen des Reiches einig und ist in die verschiedensten Parteigruppen zerplittert. Darum haben wir bis jetzt auch schon fünf Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl.

Die Kommunisten haben Thälmann als Kandidaten aufgestellt. Den Sozialdemokraten blieb nach Anhörung ihrer Parteinstanzen nichts anderes übrig, als den früheren preussischen Ministerpräsidenten Braun aufzustellen. Die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, die kleine Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes haben eine Sammellandidatur unter sich zustande gebracht und stellen damit die stärkste einheitliche Gruppe zur Präsidentschaftswahl; wahrscheinlich werden auch noch die Nationalsozialisten zu ihnen stoßen, sobald ihr Kandidat, der Deutsche Volksparteiler Zares, im ersten Wahlgang wohl die relativ größte Stimmzahl auf sich vereinigen wird, ohne allerdings eine absolute Mehrheit auf sich zu vereinen. Mit Ausnahme der Nationalsozialisten bezogen Völkischen hat diese Gruppe am 7. Dezember 1924 elf Millionen Stimmen von 30 Millionen abgegebenen auf sich vereinigt. Nachdem die Sammellandidatur Gehler an dem etwas merkwürdigen Verhalten der Deutschnationalen im Woblausschuss gescheitert ist, treten nun auch die Demokraten mit einer eigenen Kandidatur und zwar mit der Person des badischen Staatspräsidenten Dr. Sellpach auf den Plan.

Unter diesen Umständen war es nur natürlich, daß auch das Zentrum sich endgültig zu einer eigenen Kandidatur entschloß, was übrigens die Zentrumsführer im ganzen Reich von Anfang an dringend gewünscht haben. Die Zentrumsführung im Reich war allerdings grundsätzlich bereit, eine einwandfreie Sammellandidatur zu unterstützen. Es erklärte sich bereit, die Kandidatur Gehler zu unterstützen, wenn sämtliche sogenannten bürgerlichen Parteien dieser Kandidatur zustimmten. Aber die traditionelle Schandelpferdpartei, die an so vielen Krisen im Reich und in Preußen die Schuld trägt, die Deutsche Volkspartei, die sich im Woblausschuss auf den gleichen Standpunkt, wie das Zentrum gestellt hatte, machte auf einmal bekannt, daß ihr Reichsausschuß mit allen gegen drei Stimmen beschlossen habe, unter allen Umständen im Woblausschuss für ihre Kandidatur Zares einzutreten. Dieser Beschluß hatte neue Unklarheit und Unsicherheit zur Folge und der Beschluß war, nachdem auch Graf Westarp noch eine höchst eigenartige Rolle spielte, daß die Sammellandidatur Gehler fiel.

Man muß das feststellen, da bereits von deutschvolksparteilicher Seite versucht wird, das Wasser zu trüben. In einer Alesch heute (13. März) vormittag in Karlsruhe einberufenen Versammlung der badischen Parteien, die dem Woblausschuss nahe stehen (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Landbund, Wirtschaftliche Vereinigung, Vaterländische Verbände, Jungdo etc.) hat bereits der deutschvolksparteiliche Parteiführer Bumann durchaus unsädlige Töne gegenüber dem Zentrum angeschlagen und die Sachlage nicht so geschildert, wie sie sich im Berliner Woblausschuss darstellte. Nach dem Grundgedanken „überhup den Teufel“ hat er von der Stellungnahme des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei nichts gesagt und dafür auf das Zentrum losgeschlagen. Wir stellen demgegenüber sofort fest, daß auch die Frkf. Ztg. (Nr. 193 II.) von dem schlechten Eindruck berichtet, den das Verhalten der Deutschen Volkspartei machte. Sie berichtet:

Der Reichsparteivorstand des Zentrums selbst hatte im Laufe des Nachmittags mit 18 gegen 6 Stimmen beschlossen, für die Kandidatur Geyers einzutreten und sie dem Reichsparteiausschuss zu empfehlen. Um diese Zeit wurde im Zentrum der Beschluß des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei bekannt, worin an der Kandidatur Jarres festgehalten und im übrigen in unklaren Wendungen für eine bürgerliche Sammellandidatur plädiert wurde. Vormittags hatte sich bekanntlich die vollstättliche Reichstagsfraktion zwar in erster Linie für Jarres, aber immerhin in zweiter Linie für eine bürgerliche Sammellandidatur Geyers entschieden. Der Beschluß des Reichsausschusses entsprach sichtlich der Auffassung Dr. Straßmanns, der geteilt Bedenken gegen die Kandidatur Geyers geäußert hatte, aber wenn man beide vollstättliche Erklärungen zusammenstellt, so war schwerer zu sagen, was die Volkspartei eigentlich wollte.

Die Fröft. Ztg. schreibt weiter, daß die an sich beträchtliche Verwirrung der Situation, durch den unklaren Beschluß der Deutschen Volkspartei noch gesteigert wurde. Parteisekretär Kumann hätte also die Deutsche Volkspartei an der eigenen Nase packen und nicht das Zentrum mit unmaßvollen Unterstellungen verächtlich machen sollen. Die Sache hängt ja durch die Bemühungen des Herrn Kumann so prächtig an, daß man auf Weiteres von den Vertretern der Jarreskandidatur gespannt sein darf.

Und so war dann der Reichsausschuss der Zentrumspartei gezwungen auf seine grundsätzliche Entscheidung zurückzugreifen und das zu tun, was sicher in allen Zentrumskreisen im Norden und Süden mehr Freude und Begeisterung hervorrufen wird, als eine sich doch immer nur an den Verstand wendende Sammellandidatur hervorgerufen hätte, d. h. das Zentrum stellte die Kandidatur Marx auf.

Das ist es ja, was alle Anhänger des Zentrums von vornherein wünschten. Marx ist der Mann des Vertrauens im ganzen Zentrum. Seine ruhige, sachliche Art, sein ganz ausgeprägtes, durch das christliche Gewissen bestimmtes Verantwortlichkeitsbewußtsein, seine erfolgreiche Politik nach innen und außen während seiner Reichsanzalterschaft hat in den Zentrumskreisen, insbesondere auch bei uns im Süddeutschen eine Stimmung geschaffen für die Person des Reichsanzalters Marx, die man ruhig als Begeisterung bezeichnen darf. Keine andere Entscheidung wäre im Zentrum auf die freudige Zustimmung geübt worden, wie die für Marx. Diese Begeisterung muß und wird sich aber auch darin zeigen, daß der Wahlleiter allüberall bei uns ein vorbildlicher wird.

Natürlich kann Marx unter den jetzigen Umständen nicht im ersten Wahlgang als Sieger aus der Urne hervorgehen, wie übrigens keiner der bis jetzt aufgestellten Kandidaten. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß im zweiten Wahlgang, der ja nun sicher sein wird, eine Einigung in weitem Umfang erfolgt, als sie jetzt möglich war und daß dann Marx als der Kandidat einer so großen Gruppe in den zweiten Wahlgang eintritt, daß seine Wahl ermöglicht wird. Eintweilen wollen wir unsere Pflicht tun!

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. März.

Am Regierungstisch: Reichsfinanzminister Dr. Brüning. — Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2.30 Uhr.

### Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung.

Der Ausschuss hat beschlossen, die Handwerkszählung besonders festzustellen, ferner wird die Regierung aufgefordert, eine Erhebung vorzunehmen, durch die die Bildung von Konzernen und Interessengemeinschaften in der deutschen Wirtschaft festgestellt wird. Nach den Ausführungen des Berichterstatters hat der Ausschuss die Erhebung auf die wohnungswirtschaftlichen Verhältnisse ausgedehnt. Ein Regierungsbekanntmachung sagt zu, daß auch solche Erhebungen stattfinden würden. Eine Verbindung mit der allgemeinen Volkszählung sei aber nicht zu empfehlen. Der Redner der Wirtschaftspartei zieht darauf seinen Antrag zurück.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Zulassungsprüfung für Rentner aus der Invalidenversicherung, die der Ausschuss für soziale Angelegenheiten unter Erhöhung der Vorschläge der Regierung angenommen hat. Staatssekretär Geßler stellt fest, daß die Invalidenversicherung nach der Zulassung an wieder neu belebt ins Leben gerufen werden könne. Sie habe schon von über 7 Millionen Goldmark an Renten leisten können.

Reichsfinanzminister von Schlieffen erklärt, daß die Regierung trotz erheblicher finanzieller Bedenken der Neueinstellung von 15 Millionen Mark für die Aufwertung der Invalidenrenten zugestimmt habe. Darüber noch erheblich hinausgehen, halte die Regierung aber nicht für möglich. Es entliehe sonst die große Gefahr, daß die Ausgaben des Reiches nicht mehr durch die Einnahmen gedeckt werden können und daß das Reich seine öffentlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen könne. Der Minister bittet daher dringend den Haushalts nicht weiter zu belasten. Auch nach der neuen Steuerreform und dem Finanzausgleich entspreche jetzt schon ein Nettobetrag von mehreren hundert Millionen für 1925 und die folgenden Jahre. Eine Erhöhung des Reichsausschusses zur Invalidenrente um 50 Prozent sei das Allerhöchste, was eine vorläufige Finanzpolitik noch verantworten könne. Der Minister bittet dringend es bei den Beschlüssen des Ausschusses zu belassen.

# Die Völkerverbundstagung.

## Dr. Benesch über das Protokoll.

Genf, 13. März. Die heutige Sitzung des Völkerverbunds wurde durch die Ausführungen des tschechischen Außenministers Dr. Benesch eröffnet. Dieser erklärte u. a.: Die Tschechoslowakei hat sich stets für das Protokoll eingesetzt und bekennt sich noch heute voll und ganz zu ihm. Ich bin mir stets voll bewußt gewesen, daß das Protokoll ein unvollendetes Gebilde ist, das viele Lücken aufweist, die erst durch Verhandlungen und durch die späteren Erfahrungen beseitigt werden können. Die Annahme der britischen Regierung, das Protokoll sei eine Kriegsmaschine und kein Friedensinstrument, kann ich nicht teilen. Das System von Sonderverträgen, wenn es unter der Ägide des Völkerverbundes in Angriff genommen werden sollte, werde unmeigerlich zu einem neuen Protokoll hinüberführen. Es dürfte allerdings nur aus den Bestimmungen des Paktes aufgebaut werden. Ich verfolge mich den englischen Vorschlägen nicht; ich sehe in ihnen die wertvollste Ergänzung unserer bisherigen Arbeit. Ich hoffe, daß auch unsere weiteren Arbeiten in der Vollversammlung im kommenden Herbst uns einen Schritt vorwärts bringen. Ich gestalte mir, dem Rat folgende Entschliebung vorzulegen:

„Nachdem der Rat die Ausführungen der Ratsmitglieder über das Genfer Protokoll angehört hat, beschließt er, der sechsten Völkerverbundstagung die Reden der Ratsmitglieder zu unterbreiten und die Arbeiten, die der Rat aufgrund des Protokolls in Angriff genommen hat, gleichfalls bis zur Eröffnung der Vollversammlung im Herbst hinauszuschieben. — Chamberlain erklärte im Namen der britischen Regierung sein Einverständnis und wies darauf hin, daß England dem Grundgedanken der Sicherung des Schiedsgerichts und der Entwaffnung stets treu bleiben werde.“

Darauf wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Scialoja (Italien) berichtete darauf über die Saarfragen. Als Mitglieder der Saarregierungs-Kommission sind auf ein Jahr wieder gewählt Raoul zum Vorsitzenden der Saarregierung, gleichfalls für ein Jahr, ferner die anderen vier Mitglieder der Saarregierung. Der Rat müsse in voller Freiheit nach einem Jahre (2) wieder wählen können, und er würde sich nicht für die Zukunft festlegen. Die Verhandlungen über die Genferverträge im Saargebiet und über die französischen Kruppen werden auf die Nachmittagsitzung verschoben.

Abg. Parsten (S.) tut die vorgesehene Erhöhung als Almosen ab und wirft dem Reichstag vor, er sei ganz unsozial, wenn er nicht eine beträchtliche Erhöhung der Sätze vornehme.

Abg. Esser (Z.) warnt vor agitatorischen Phrasen in dieser ersten Sache. Man habe erreicht, was möglich war; so ganz wenig sei es nicht. Eine Erhöhung des Rechsatzes um 2 Mark mache schon 82 1/2 Millionen Mark aus. Mit den Phrasen des Vorredners sei den Rentnern wenig gedient. Eine Entlösung sei die jetzige Lösung nicht. Das Zentrum werde an einer weiteren Verbesserung arbeiten.

Abg. Kaebel (R.) berührt die Ungültigkeit der Vorlage, während man für die Industrie 700 Millionen Mark übrig gehabt habe.

Abg. Ziegler (Dem.) gibt an, daß die finanzielle Lage des Reiches außerordentlich schwierig sei. Man solle aber doch mit dieser Behauptung nicht immer kommen, wenn es sich um die Sozialpolitik handle. Das Reich müsse endlich mehr für die Invalidenrentner tun. Trotz aller schönen Reden sei das Ergebnis der jetzigen Aktion recht unbeeidigend. Im Wahlkampf hätten sich die Parteien mit ihren Forderungen geradezu überboten. Die Deutschland-analen verlangten nahezu 600 Millionen für die Rentner. Tams waren sie allerdings noch nicht in der Regierung. Unmöglich sei es daß die Parteien sich immer mit Forderungen zu übertrumpfen suchten. Die jetzigen Beschlüsse seien nur ein Provisorium. Im Herbst werde man weiter sehen müssen.

Abg. Veier-Dresden (W. Bg.) tritt den Ausschussbeschlüssen bei. Er bittet, den Mittelstand nicht zu vergessen. — Abg. Schmarzer (V. Bg.) bedauert, daß auch bei diesen sozialen Fragen immer wieder die Parteipolitik in den Vordergrund gerückt werde.

Darauf wird die Vorlage unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen. Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über die Vorbereitung zur Reichspräsidentenwahl.

Abg. von Kardorff (D. Bg.) beantragt, um eine Zerspaltung zu vermeiden, die Bestimmung zu streichen, daß der Wahler seine Stimme auch für eine nicht vorgeschlagene Person abgeben dürfe.

Abg. Kube (N. Bg.) bedauert den Außenhandel um den Präzedenzfall. — Die Abgg. Dittmann (S.) und Brodau (D.) halten die Bestimmung für notwendig, damit man im Lande nicht behaupten könne, die Parteien wollten die Meinung des Volkes verzerren. — Der Antrag von Kardorff wird darauf abgelehnt und der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Zur Verhandlung gelangt dann der Gesetzentwurf über die

### Zulassungsprüfung der Rentner in der Angestelltenversicherung.

Der Steigerungsbetrag beträgt in der Gehaltsklasse F 1 Mk., in der Gehaltsklasse G 2 Mk., in der Gehaltsklasse H 3 Mk. und in der Gehaltsklasse I 4 Mk. Der Ausschuss fordert

## Zur Rede Chamberlains.

### Englische Pressestimmen.

London, 13. März. Wie zu erwarten war, findet die Rede Austen Chamberlains in Genf in der Londoner Presse allgemeinen und uneingeschränkten Beifall. Die „Times“ schreibt an leitender Stelle, „daß die Ablehnung des Genfer Protokolls durch die bemerkenswerte Rede Chamberlains endgültig wäre und betont dann noch einmal, daß das Protokoll in der abgelehnten Fassung nicht eine Verwirklichung des Friedens darstelle, sondern zu neuen Kriegen führen müsse. Das Blatt begrüßt vor allem den kategorischen Charakter der Erklärungen Chamberlains, geht aber weiter nicht auf diese Angelegenheit ein und betont den ersten Friedenswille Frankreichs. Auch Großbritannien wünsche den Frieden mehr als irgend ein anderes Land, denn er wäre von vitalem Interesse für das englische Reich. Das Blatt hebt hervor, daß England statt des Genfer Protokolls regionale Abkommen fordere. Die „Times“ schließt mit den bezeichnenden Sätzen: „Die ganze Unruhe in Europa und alle Schwierigkeiten gehen auf den ewigen Streit zwischen Frankreich und Deutschland zurück. Wir wollen Deutschland und Frankreich zu einem Abkommen gelangen lassen, wie es Chamberlain vorgezeichnet, Großbritannien würde sich diesem Abkommen gerne anschließen. Die gegenwärtige Gelegenheit ist günstig. Die deutsche Regierung hat einen Vorschlag gemacht, der eine freiwillige, nicht aber eine erzwungene Annahme der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages bedeutet. Die englische und französische Diplomatie sollten diese Gelegenheit mit beiden Händen ergreifen. Die englische Diplomatie befindet sich jedenfalls in einer außerordentlich günstigen Lage, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen.“

Auch „Daily Telegraph“ betont die Bedeutung des deutschen Angebots, wenn er sagt: „Auch die englische Regierung sucht nach dem sichersten und besten Weg für gemeinliche Sicherheit aufgrund eines Garantiepaktes, wie er von der deutschen Regierung vorge schlagen wurde, ein Vorschlag, der von Chamberlain freudig begrüßt worden sei.“

### Chamberlains Rückreise.

Paris, 13. März. „Zeit Journal“ meldet aus Genf, daß Chamberlain am Sonntagabend nach Paris abfahren, am Montag mit Herriot verhandeln und Dienstag früh nach London weiterreisen werde.

einen Gesetzentwurf, der neben einer Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung auch eine Erhöhung der Leistung vorseht.

Ministerialdirektor Grieser vom Reichsarbeitsministerium sagt für den April die Einbringung einer Vorlage zur Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze zu.

Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses für die besetzten Gebiete, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der bevorstehenden Wiederaufnahme der Pariser Verhandlungen über die Anrechnung der Besatzungskosten auf Annuität mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß eine feste Begrenzung der Besatzungskosten und damit eine Begrenzung der Beschlagsnahme von Wohnungen und öffentlichen Gebäuden insbesondere von Schulen und Krankenhäusern erreicht wird.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Dienstag nachmittags zwei Uhr: Justizministerium. — Schluß nach acht Uhr.

## Baden.

### Ein Stimmungsbild zu den Steuer-vorschlägen.

Aus Säckingen wird uns geschrieben:

Die neue Steuerschraube der jetzigen Reichsregierung scheint in dem, unter dem Druck der Hochfinanz, der Großindustrie und des preußischen Großgrundbesitzes hergestellten deutschennationalen Gewinde in Bezug der neuen Steuervorlagen zu Gunsten genannter Kreise tadellos zu funktionieren. Man kann es kaum für möglich halten, daß eine deutsche Reichsregierung nach einem verlorenen Krieg den Mut und die Kühnheit besitzt, den großen Besitz, der seit Kriegsende sich nur bereichert, das Vermögen verdoppelt und verzehnfacht und in den letzten Jahren mit Ausnahme des Vorjahres überhaupt noch keine Steuern bezahlt hat, entlastet und die Steuern zum größten Teile auf die großen Massen des Volkes abzuwälzen versucht. Das ist der Dank dieser deutschennationalen Aufwertungspatrioten und Schirmherren der rücksichtslosen Hochfinanz, Großindustrie und des Großgrundbesitzes an das arbeitende deutsche Volk, das die Folgen des Krieges und der Nachkriegsmisereit leidet allein getragen hat. Jetzt trifft zu, was der frühere englische Ministerpräsident Lloyd Georges sagte, daß das arbeitende deutsche Volk den Krieg allein bezahlen muß. Unter den neuen Steuern befindet sich neben vielen Verbrauchssteuern die Gebäudesondersteuer die nach dem Willen des Reichsfinanzministers nicht etwa ermäßigt oder aufgehoben werden soll, sondern die Steuer soll noch stärker

angezogen und zum großen Teil für Zwecke des allgemeinen Finanzbedarfs verwendet werden. Ferner sollen die fetter nicht veranlagten Gemeindebetriebe für Wasser, Gas und Elektrizität steuerlich scharf herangezogen werden, was eine weitere Massenbelastung verursacht. Die ganzen Steuervorlagen bezwecken sehr scharfe Erhöhungen der Leistungen der besitzlosen Massen und des kleinen und mittleren Besitzes. Armes betrogenes deutsches Volk, du machst du endlich einmal auf, merke! du nicht, wohin der Kurs steuert; hast du während der 10jährigen Kriegs- und Hungerzeit noch nicht genug gelernt, um politisch denken und wählen zu können. Wähle keinen Anhänger der Hochfinanz, der Großindustrie und des Großgrundbesitzes. In die Reichstagsabgeordneten ergeht der dringende Mahnruf, diese unsozialen Steuervorlagen abzulehnen, widrigenfalls durch Volksentscheid für eine gründliche Neubestimmung der Reichsregierung gesorgt werden muß.

### „Der Sprecher des Protestantismus.“

Zum „Evangel. Gemeindeboten“ für Karlsruhe lesen wir in Nr. 11 vom 15. März:

Wenn ich mich frage, wo in den letzten Jahrzehnten etwas von dem Glutbauch alter Reformatorneidenschaft zu finden war, wer das Feuer evangelischer Glaubensstrenge und protestantischer Zeugnismut immer wieder neu zu entzünden und im Brennen zu unterhalten suchte, so finde ich immer nur eine Antwort: Das war der Evang. Bund. Wer sonst? Wo war denn sonst eine geschlossene Schar, die so wie er den Luthergeist pflegen wollte? Wer hat wie er so scharfklingende Worte in die Tagesereignisse hineingeworfen, Worte, die die Zwielichtseelen aus ihrem Dahindämmern aufwachen mußten? Woher kam der Bund? Aus der Lutherentdeckung, aus der Lutherbegeisterung des großen Gedenkjahres 1883 ist er hervorgegangen. Und so ist er der Sprecher des Protestantismus geworden.

Daß er Kritiker hatte und hat, wundern mich nicht. Es gab und gibt immer Christen, die am liebsten die Grenzen zwischen den Konfessionen verwischen möchten, denen ein festes konfessionelles Gepräge unlieb ist, die es einerseits billigen, wenn der Katholizismus seine Eigenart und seine Machtvolle einsetzt und mit Bewunderung vor dieser Machtvolle stehen, aber es nicht dulden wollen, wenn auch wir für unser Dasein und Anderssein fähig einreten. Es hat immer Evangelische gegeben, denen der Evang. Bund ein Dorn im Auge war. Einstweilen widersprach man ihm, weil ein Mann von irgend bestimmten kirchenpolitischen Gepräge sein Führer war. Jetzt ist ein Mann Führer, der entgegengekehrter Art ist, und nun wird wieder dem Evang. Bund deswegen widersprochen. Anstatt daß man sich zusammenschließt, wo es gilt, das Erbe der Reformation zu schützen und zu erhalten.

Die Reiterei reben eine deutliche Sprache: Der Protestantismus muß erwachen. Er, der nach dem Kriege fast gebrochen am Boden lag, will sich wieder erheben. Die Erwachten suchen einen Sammelplatz. Im Evang. Bund ist er uns gegeben. Dort ist der Glutbauch alter Reformatorneidenschaft.

Was wir zunächst mit einiger Genugtuung registrieren, das ist die Mißbilligung der Verwischung der Grenzen zwischen den Konfessionen. Eine äußere Verwischung hat gar keinen Wert, wenn nicht eine innere Annäherung zugleich stattfindet. Vielleicht könnte man dann aber auch auf der anderen Seite doch etwas Verständnis dafür aufbringen, wenn unsere Päpste bei bestimmten Anlässen (z. B. Conifus- und Vorkommensklia) die Dinge genau so darstellen, wie sie sind, so sehr sie im übrigen auch dahin zu wirken suchen, daß das hohepriesterliche Gebet Jesu Christi, „daß alle eins seien“, Wahrheit werde.

Sodann aber glauben wir doch nicht, daß der Evang. Bund die „evangelische Glaubensstrenge“ wieder entzünden kann und zwar deswegen nicht, weil er ja von jeder inneren Einigung im Glauben absieht und seine ganze Tätigkeit dahin richtet, die Protestanten gegen Rom zu einigen. Gerade dadurch werden ja seine Angriffe gegen die katholische Kirche so verlegend, daß er selber kein positives Glaubensgut wahr, sondern nur vom Kampf lebt. Das war bei den alten „Reformatoren“ doch entschieden anders! Und wir begreifen es daher sehr wohl, daß viele Evangelische den Ev. Bund nicht als „Sprecher“ für sich anerkennen wollen.

### Dr. Schofer wiederhergestellt.

In der Donnerstags-Sitzung der Zentrumskraktion des Badischen Landtages erschien nach langer Zeit zum ersten Male wieder Herr Abgeordneter Dr. Schofer. Präsident Wittenmann hieß den von einer schweren Operation wieder genesenen Chef des Badischen Zentrums auf das herzlichste willkommen und gab seiner großen Genugtuung darüber Ausdruck, daß der bewährte Rat des Führers der Badischen Zentrumspartei der Fraktion nunmehr wieder zur Verfügung stehe. Herr Dr. Schofer dankte in bewegten Worten für die ihm dargebrachte Ehrung und teilte mit, daß er beabsichtige, zu seiner vollständigen Wiederherstellung noch einige Wochen in Segne am Bodensee zu verweilen. Alsdann hoffe er wieder mit allen Kräften sich dem Dienste am Badnerlande widmen zu können.

Die Wiedergenesung Dr. Schofers und sein Wiedereintritt ins parlamentarische Leben wird in den weitesten Kreisen der Zentrumswahlerschaft mit der größten Freude begrüßt werden.

## Die C

Bon Land

Durch die mens und ständigen- dem Reichs rechnend Aus ghes, der A zeit jährlich und daß die Abkommens rund 12 W nun, diese r und Steuer bisheriger sind durch gehoben wo schriften ber Die Aufgab die großen möß umzug und Lasten menden Ste bestimmt fe für Staat i

Volkschick Reich hat m Steuergele slicher Inha bekant geg und dort ha fen Entwir die Zentrum tags hat sic sitionen m und über d Ausprache Reichsgele Stellungna den Geboten mößigkeit. Landtagsfrat setzung beim kennen die i Zustände ih besser, als möglich ist; in der Lage, den Einzelne messen, zum Steuergele sch, sondern kung aller also die Gesa und Gemein ist. Die St fraktion kann willkommene Steuervorlag terial von de ein, so kan hieraus — Entscheidung, den, als wenn gemessen ist. schen Landta gelt. Aber in Steuervorlag unierer Ren Stellungnah mehr möglich In manden bittere Kritik müßungen, I machen. Ich auf die Run 11. August 19 leitenden Ge übergehen. I

Entwurf behandeln. C dieser Ausfüß auch der Inha gegeben wer

Georg Rom

„Das nem ret lehnte an ler Wohlgefa über auf ein ihm nichts steffinnig: D Georg antz Hände in die vergaben un Wellenspiel. Sein paß Baret. Dies hat daß er knüpfen stie „Suchst du „Nem, es hinabzuräu „Es gibt f seinem Geger „Wenn es macht,“ tonte Bant. Georg man grauer blke verbeugte sich unverhofft e Sie gestatten ret!“

## Georg

Rom

„Das nem ret lehnte an ler Wohlgefa über auf ein ihm nichts steffinnig: D Georg antz Hände in die vergaben un Wellenspiel. Sein paß Baret. Dies hat daß er knüpfen stie „Suchst du „Nem, es hinabzuräu „Es gibt f seinem Geger „Wenn es macht,“ tonte Bant. Georg man grauer blke verbeugte sich unverhofft e Sie gestatten ret!“

### Dr. Schofer wiederhergestellt.

In der Donnerstags-Sitzung der Zentrumskraktion des Badischen Landtages erschien nach langer Zeit zum ersten Male wieder Herr Abgeordneter Dr. Schofer. Präsident Wittenmann hieß den von einer schweren Operation wieder genesenen Chef des Badischen Zentrums auf das herzlichste willkommen und gab seiner großen Genugtuung darüber Ausdruck, daß der bewährte Rat des Führers der Badischen Zentrumspartei der Fraktion nunmehr wieder zur Verfügung stehe. Herr Dr. Schofer dankte in bewegten Worten für die ihm dargebrachte Ehrung und teilte mit, daß er beabsichtige, zu seiner vollständigen Wiederherstellung noch einige Wochen in Segne am Bodensee zu verweilen. Alsdann hoffe er wieder mit allen Kräften sich dem Dienste am Badnerlande widmen zu können.

Die Wiedergenesung Dr. Schofers und sein Wiedereintritt ins parlamentarische Leben wird in den weitesten Kreisen der Zentrumswahlerschaft mit der größten Freude begrüßt werden.

# Die Steuergerichte des Reiches.

Von Landtagsabg. Landtag. Rat Küger.

Durch die Annahme des Londoner Abkommens und die Aufgaben, die das Sachverständigen-Gutachten gebracht haben, sind dem Reiche neue Lasten erwachsen. Man rechnet aus, daß der Steuerbedarf des Reiches, der Länder und der Gemeinden derzeit jährlich rund 10 Milliarden beträgt und daß dieser Bedarf infolge des Londoner Abkommens sich bis zum Jahre 1928/29 auf rund 12 Milliarden steigern wird. Es gilt nun, diese Lasten auf die einzelnen Steuern und Steuerpflichtigen zu verteilen. Alle die bisherigen großen Steuergerichte des Reiches sind durch die Inflation aus ihren Angeln gehoben worden; die wichtigsten Steuerordnungen beruhen derzeit auf Steuernotrecht. Die Aufgabe des Reiches geht nun dahin, die großen bestehenden Steuergerichte zeitgemäß umzugestalten und eine gerechte Steuer- und Lastenverteilung zu finden. Diese kommenden Steuergerichte sollen auf die Dauer bestimmt sein, deshalb ist ihre Bedeutung für Staat und Wirtschaft so gewaltig. Ein Volksfischdahl ist in ihnen enthalten. Das Reich hat nun 7 Entwürfe zu neuen großen Steuergerichten ausgearbeitet; ihr wesentlicher Inhalt ist in der Presse aller Parteien bekannt gegeben und erörtert worden. Da und dort hat man auch schon kritisch zu diesen Entwürfen Stellung genommen. Auch die Zentrumsfraktion des badischen Landtags hat sich in einer der letzten Fraktions-sitzungen mit diesen Entwürfen beschäftigt und über die hauptsächlichsten Fragen eine Aussprache gepflogen. Obwohl es sich um Reichsgesetze handelt, entspricht eine solche Stellungnahme einer Landtagsfraktion doch den Geboten der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit. Die einzelnen Mitglieder der Landtagsfraktion, die in ihrer Zusammenfassung beinahe alle Berufsstände umfaßt, kennen die wirtschaftlichen Verhältnisse und Zustände ihrer Bezirke und des Landes oft besser, als dies den Reichstagsabgeordneten möglich ist; sie sind deshalb eher und besser in der Lage, die Wirkungen der Gesetze für den Einzelnen und für die Gesamtheit abzumessen, zumal für die Tragbarkeit der Steuergerichte nicht das einzelne Gesetz für sich, sondern vielmehr die Gesamtwirkung aller steuerrechtlichen Vorschriften, also die Gesamtwirkung der Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern in Betracht zu ziehen ist. Die Stellungnahme einer Landtagsfraktion kann für die Reichstagsfraktion nur willkommene Material zur Beurteilung der Steuerentwürfe sein; kommt ein solches Material von verschiedenen Gebieten des Reiches ein, so kann die Reichstagsfraktion doch hieraus — ohne Bindung für ihre eigene Entscheidung — eher den richtigen Weg finden, als wenn sie lediglich auf sich selbst angewiesen ist. Am guten Willen der badischen Landtagsfraktion hat es nie gemangelt. Aber in der Vergangenheit sind manche Steuerentwürfe des Reiches viel zu spät zu unserer Kenntnis gekommen, so daß eine Stellungnahme der Landtagsfraktion nicht mehr möglich oder doch reichlich spät war. In manchen Fällen blieb uns nur noch die bittere Kritik übrig, verbunden mit den Bemühungen, Fehler zum mindesten wieder gut zu machen. Ich darf hierzu beispielsweise nur auf die Runo-Steuergerichte des Reiches vom 11. August 1923 verweisen. Nach diesen einleitenden Gedanken will ich zur Sache selbst übergehen. Ich will zunächst den Entwurf des Reichsbewertungsgesetzes behandeln. Soweit das zum Verständnis dieser Ausführungen erforderlich ist, muß auch der Inhalt des Entwurfs kurz wieder gegeben werden.

1. Das Grundziel dieses Gesetzentwurfes lautet: Für alle Reichs-, Länder- und Gemeindesteuern, die nach dem Merkmal des Wertes der einzelnen Vermögensarten erhoben werden, sollen einheitliche Bewertungsrichtlinien geschaffen werden. Bei der Bewertung sollen Reich, Länder und Gemeinden zusammenwirken. Mit diesem Grundziel kann man sich durchaus einverstanden erklären. Zunächst müssen für die Reichssteuern, die auf den Wert des Vermögens sich aufbauen — also für die Vermögenssteuer und für die Erbschafts- und Schenkungssteuer — im ganzen Reich gleiche Bewertungsrichtlinien geschaffen werden. Nur durch eine im ganzen Reich gleichmäßige Bewertung des Vermögens, nur durch Schaffung gleichmäßiger, im ganzen Reich geltender Unterlagen zur Berechnung der Steuern lassen sich diese Steuern gerecht auf alle Gebiete des Reiches verteilen. Steuerliche Ungerechtigkeiten, wie sie früher beim Wehrbeitrag und in letzter Zeit bei der Landabgabe, bei den Rentenbankzinsen und bei der Vermögenssteuer durch die verschiedenartige Einschätzung der Vermögen in den einzelnen Ländern — zu Gunsten des Nordens und zum Schaden des Südens — entstanden sind, müssen vermieden werden. Für die Reichssteuern also ist eine einheitliche Bewertung ein dringendes Gebot. Für die Länder- und Gemeindesteuern — in Betracht käme die Grund- und Gewerbesteuer — liegt eine solche Notwendigkeit nicht im gleichen Maße vor; denn bei diesen Steuern handelt es sich nur um den Ausgleich innerhalb des Landes und nicht innerhalb des Reiches. Immerhin wäre es wünschenswert, für diese Wertsteuern dieselben Bewertungsrichtlinien zu haben, wie fürs Reich. Es muß — wie die Regierungsbegründung mit Recht sagt — bei der Höhe der jetzigen Steuern geradezu verbitternd wirken, wenn ein und derselbe Gegenstand für Steuerzwecke des Landes und der Gemeinde anders bewertet wird als für Steuerzwecke des Reiches. Die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Bewertung kann deshalb auch für die Landessteuern anerkannt werden, es sei denn, daß andere Gründe für eine andere Lösung sprechen. Ich werde hierauf noch zurückkommen.

2. Wie soll nun das Grundziel einer einheitlichen Bewertung durchgeführt werden? Der Entwurf bringt Vorschriften für die Wertermittlung bei den einzelnen Vermögenswerten und für das einzuschlagende Verfahren.

a) Den Kernpunkt des ganzen Entwurfs bilden die Vorschriften der Wertermittlung für das landwirtschaftliche Vermögen und das Grundvermögen. Diejenige Hauptidee, dem im Grunde genommen eigentlich der ganze Entwurf dient, muß man besondere Aufmerksamkeit schenken. Den Vorschriften über die Betriebszählung (§ 10 und 11), über die Bewertung nach dem Ertragswert (§ 12), über die maßgebenden Stichtage (§ 13) und die Richtlinien für die Feststellung der nachhaltigen Ertragsfähigkeit (§ 14) kann man ohne weiteres zustimmen. Alle Vermögenswerte, die dauernd einem landwirtschaftlichen Hauptzweck dienen — also die un bebauten und bebauten Grundstücke eines Bauerngutes, alle stehenden und umlaufenden Betriebsmittel, alle Nebenbetriebe gewerblicher Art (z. B. Brennerei) zusammen, bilden eine wirtschaftliche Einheit. Eine Zerlegung nach den einzelnen Bestandteilen (Gebäude, Feld, Betriebsmittel) soll nicht mehr stattfinden. Maßgebend ist der Ertragswert (§ 15) des Reichsabgabensatzes, d. i. das 25fache des jährlichen Reinertrags, den ein Bauerngut bei ordnungsgemäßer und gemeinüblicher Bewirtschaftung unter gewöhnlichen Verhältnissen mit entlohnenden fremden Arbeitskräften im Durchschnitt nachhaltig erwahren kann. Wirtschaftliche Einheit und

Ertragswert stehen im engsten inneren Zusammenhang. Sie allein können — zumammengenommen — den Ausgangspunkt für die steuerliche Belastung bilden. Mit all dem kann man nicht nur einverstanden sein, sondern dies sind auch Grundzüge, die an sich steuerrechtlich für unsere Landwirtschaft erstrebenswert sind.

Nun kommt aber das Verfahren zur Durchführung dieser gleichmäßigen Bewertung des landwirtschaftlichen Vermögens, und damit jetzt auch ein gewichtiger Teil unserer Bedenken ein. Es würde im Rahmen dieses Auftrages zu weit führen, alle die einzelnen, recht verwickelten Bestimmungen zu erörtern. Das Wesentliche im Verfahren ist folgendes: Im Bezirk eines jeden Landesfinanzamtes im ganzen Reich wird das Gebiet festgelegt, in welchem sich die landwirtschaftlichen Betriebe größter Ertragsfähigkeit befinden. In diesen „Bestgebieten“ werden Normalbetriebe ermittelt, die für diese Gebiete regelmäßig — typisch — sind. Für diese Normalbetriebe werden nun Ertragswertberechnungen aufgestellt und diese dann auf eine Flächeneinheit berechnet. Nun wird nach Einkunft aller dieser Ermittlungen im ganzen Reich das Verhältnis festgelegt, in welchem diese auf die Flächeneinheit berechneten Ertragswerte der Normalbetriebe der verschiedenen Landesfinanzamtsbezirke zueinander stehen. Nachdem die Relationen der besten Gebiete der Landesfinanzamtsbezirke zueinander festgestellt sind, müssen wiederum an Hand von sog. Normalbetrieben auch die Verhältniszahlen ermittelt werden, in denen innerhalb der einzelnen Landesfinanzamtsbezirke der Ertragswert bester Betriebe zum Ertragswert von Betrieben mittlerer oder geringerer Ertragsfähigkeit steht. Ist auch dies durchgeführt, so werden durch Rechtsverordnung mit rechtsverbindlicher Kraft Ertragsklassen sowie Höchst- und Mindestwerte für eine Flächeneinheit der in die Ertragsklassen fallenden Betriebe (Mehrsätze) aufgestellt. Die ermittelten Normalbetriebe werden nun nach den festgestellten Verhältniszahlen in diese Ertragsklassen eingereiht. Zur Durchführung dieser Aufgaben wird in Berlin beim Reichsfinanzministerium ein aus 9 Mitgliedern bestehender Bewertungsausschuß gebildet, dem insbesondere die Ermittlung und Abschätzung der Normalbetriebe, die Bildung der Verhältniszahlen und die Mitwirkung bei Gestaltung der Ertragsklassen und der Rahmensätze obliegt. Die Art der Zusammensetzung dieses Bewertungsausschusses (aus Beamten, Landwirten und Sachkundigen) ist im Gesetz genau geregelt (§ 16, 21, 22). Sind nun diese Vorarbeiten erledigt, dann wird erst an die Einreihung der Einzelbetriebe herangetreten. In jedem Finanzamtsbezirk wird — neben den bisher bestehenden Steuerzuschüssen und Sondersteueraus-schüssen — ein vielspaltiger Grundwert-ausschuß gebildet. Dieser Grundwert-ausschuß stellt für jeden einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb der Bezirke — unter Einreihung in eine bestimmte Ertragsklasse — den Einheitswert fest. Für jeden Betrieb wird ein Feststellungsbescheid erteilt, also für jeden Betrieb — unter Einreihung in eine bestimmte Ertragsklasse — der Ertragswert festgelegt. Gegen diese Festsetzung steht dem Eigentümer wie der Grundsteuerbehörde das Recht der Berufung an den am 25. des Landesfinanzamts zu bildenden Oberbewertungsausschuß und nochmals die Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof zu. Die Zusammenlegung der Grundwertaus-schüsse und die Oberbewertungsausschüsse — alles vielspaltige Gebilde — ist im Gesetzentwurf geregelt.

Diese Vorschriften stoßen — von Einzelheiten ganz abgesehen — auf Bedenken nach zwei Richtungen hin. Das Verfahren paßt vielleicht auf den Großgrundbesitz in Preußen, aber keineswegs

auf den zerstückelten Grundbesitz, auf den kleinen und mittleren Betrieb, wie sie mit ihrer Eigenart in Baden die Regel bilden. Eine Unterbringung dieser Kleinbetriebe in ganz bestimmte Ertragsklassen ist beinahe ein Ding der Unmöglichkeit. Und da liegt — nach all den Erfahrungen, die wir im Einschätzungsverfahren bisher gemacht haben — die Gefahr sehr nahe, daß gerade die badischen mittleren und kleineren Betriebe im Verhältnis zu den Großbetrieben wieder schlecht wegkommen. Die Großgrundbesitzer Preußens gehören durchweg zu den sog. buchführenden Landwirten; sie haben es dabei von jeher verstanden, die niedrige Ertragsfähigkeit ihres Großgrundbesitzes aus ihren Büchern darzutun. Die Einschätzungen aus der Vorkriegszeit, die damals schon in Preußen nach dem Ertragswert gingen, und die frühere und bisherige Art der Heranziehung des preußischen Großgrundbesitzes zur Einkommensteuer sprechen eine beredete Sprache. Statistisches Material hierüber steht reichlich zur Verfügung. Der nicht buchführende Landwirt — hierzu gehören unsere badischen Dauern — kommt steuerlich immer unter die Mäher. Der Gesamteindruck, daß dieser Entwurf letzten Endes auf eine Verengung der Begünstigung des norddeutschen Großgrundbesitzes hinausgeht, verstärkt sich durch manche Einzelbestimmungen, die ich in die Worte zusammenfassen möchte: „Beim Großgrundbesitz großzügig, beim Kleinbesitz — fleingülig.“ Der Entwurf bietet uns keine genügende Gewähr dafür, daß die Interessen unserer badischen kleinen und mittleren Landwirte im Vergleich zum preußischen Großgrundbesitz genügend geschützt sind. Die Vorschrift des § 16, daß im Berliner Bewertungsausschuß auch ein Vertreter eines Landes mit zerstückeltem Grundbesitz sitzen soll — beispielsweise — eine völlig ungenügende Maßnahme in dieser Hinsicht.

Sodann ist die ganze Aufmachung mit dem Bewertungsausschuß, den Grundwert-ausschüssen, den Oberbewertungsausschüssen viel zu weitläufig, schwerfällig und ungewidrig. Bedenkt man noch, daß der Bewertungsbeitrag für die forstwirtschaftlichen Betriebe und für Weinbaubetriebe jeweils wieder anders zusammengefaßt ist, fügen man bei, daß für die Bewertung des gewerblichen Betriebsvermögens, wie wir noch hören werden, bei jedem Finanzamt ein besonderer Gewerbeaus-schuß und bei jedem Landesfinanzamt ein Obergewerbeaus-schuß gebildet werden soll, erwägt man, daß die bisherigen Steueraus-schüsse und Sondersteueraus-schüsse bei jedem Finanzamt noch bestehen bleiben, so bekommt man einen Begriff von dem über-großen Apparat, der hier neu aufgemacht werden soll. Es muß eine einfachere Lösung gesucht und gefunden werden. Dies kann nur in der Richtung geschehen, daß die bereits bestehenden Steueraus-schüsse eine zweckmäßige Umbildung erfahren. Die Ausgleiche und Vergleichung der Ertragswerte in der im § 15 des Entwurfs vorge-sehene Art (Schätzung von Normalbetrie-ben und Bildung von Relationen) muß und wird versagen. Auch hier muß der Ausgleich auf einfacherem Wege gelöst werden. An praktischen Vorschlägen kann es nicht fehlen.

b) Was die Bewertung des gewerblichen Betriebsvermögens anlangt, so soll auch hier der Grund-satz der wirtschaftlichen Einheit, der Betriebs-einheit gelten. Zum Betriebsvermögen gehören alle Teile einer wirtschaftlichen Einheit, die dem inländischen Betrieb eines Gewerbes oder der Ausübung eines freien Berufes dienen. (Gebäude, Anlagen, Maschinen, Roh- und Fertigerzeugnisse). Damit kann man durchaus

mit einer Frau so verbunden wie mit dieser Fremden. Da traf ihr leises Lachen sein Ohr, und wieder pochte sein Herz. „Wir wollen den Nachzügler mitnehmen. Kommen Sie, Sie Träumer, sonst verlieren wir Sie noch.“ „Nein,“ sagte Georg, „nein, mich verlieren Sie nicht.“ Ob man sie den Frauen zuzählt, von denen Nietzsche spricht? Oder ob sie von der Art war, wie Rentkloß sie geschildert? — „Ich glaube, Sie sind ein Träumer,“ scherzte sie. „Ein fürchterlicher Bücherwurm,“ schaltete Fritz Baret ein, „was der Mensch alles zusammensteilt. Jetzt ist er bei Kant und Schopenhauer, obwohl er Nietzsche noch nicht ver-daut hat.“ „Schade, daß Sie Nietzsche lesen, er paßt zu Ihnen nicht. Aber soviel Wissensdurst, aller-hand Hochachtung!“ Durch Gassen und Gäßchen führte der Weg, bis sie in ein kleines, vertieftes Weinhaus traten. Die Honoratiorenstube war leer, ihre Beleiterin schien bekannt, der Wirt zog tief die Miße. „Grüß Gott, Fräulein Twerfstein.“ Der Name ist eigenartig, wie die ganze Berlin. Georg half ihr beim Ablegen. Ein rotblonder Lockenkopf kam zum Vorschein, ein schlichtes Vla-Bollweid, und Georg stellte fest, daß sie jetzt, da das Licht grell ihr Antlitz bestrahlte, etwa dreißig Jahre sein mußte.

(Fortsetzung folgt.)

## Georg Freibergs Aufstieg.

Roman von Igna Maria.

„Das nennt sich Sommerzeit!“ Fritz Baret lehnte am Geländer und betrachtete voller Wohlgefallen eine Dame, die ihm gegenüber über auf einer der Querbänke saß, und weil ihm nichts Besseres einfiel, wiederholte er tiefinnig: „Das nennt sich Sommerzeit!“ Georg antwortete nicht, er hatte beide Hände in die Taschen seines Ueberziehers vergraben und schaute in das bewegte Wellenspiel. Sein passives Verhalten ärgerte Fritz Baret. Dieser stockfisch, dachte er erboht, daß er hilft eine Bekanntschaft anzuknüpfen, stiert er ins Wasser. „Suchst du da unten Wassernitzen?“ „Nein, es ist interessant, in das Wasser hinabzudauen.“ „Es gibt komische Käuze,“ seufzte Fritz zu seinem Gegenüber gewandt. „Wenn es Ihrem Freunde doch Spaß macht,“ tönte es widerspruchslustig von der Bank. Georg wandte sich und sah in ein paar grauer blinkender Augen. „Danke sehr,“ er verbeugte sich lächelnd. „Es tut immer gut, unbekannt eine Bundesgenossin zu finden. Sie gestatten: Freiberg, mein Freund Baret.“ Fritz Baret riß die Miße vom Kopf. „Ich stehe immer auf der Seite des

Schwächeren, obwohl,“ sie maß Georgs hohe, schlank Gestalt, „sagen wir lieber auf Seiten des Rechts!“ „Na, na,“ protestierte Baret, „so unrecht hatte ich nicht.“ „Man soll jedem Menschen seinen freien Willen lassen. Wenn Ihr Freund Gefallen am Wasser findet, dafür fahren Sie ja auf dem Rhein.“ „Von schönem Munde lasse ich mich gern befehren. Ich bin trotzdem die Urhade unserer Bekanntschaft.“ „Sie fahren nach Koblenz?“ „Nein, Goarshausen. Haben Sie Koblenz zum Ziel?“ Es klang bedauernd. „Nein, ich fahre auch bis Goarshausen, dort bin ich zur Erholung.“ „Das trifft sich gut.“ Georg schien erfreut. „Sie kennen Goarshausen?“ „Ich komme jedes Jahr in bis zwei Monate nach dort.“ Ihre Selbstsicherheit frappte Georg. Sie ist höchstens vierundzwanzig, stellte er fest. Eigentümlich war der beinahe zwin-gende Blick der grauen Augen. Er fühlte sich gedrückt von diesem Blick und mußte doch immerfort hinschauen. „Sie haben Aneipabend in Goarshausen?“ „Nein, wir wollen hummeln. Ich weiß nicht, ob es schließlich ist, aber wenn wir Sie zu einem Glase Wein bitten dürften.“ Sie lachte trüblich über Georgs unbedol-fene Aufforderung; ihm schoß das Blut zu Kopf.

„Berzeihung, wenn ich einen Verstoß be-ging. Es lag mir fern, Ihnen unsere Ge-sellschaft aufzudrängen.“ „D, wie stolz!“ Sie zog die linke Augenbraue hoch. „Herr Freiberg, ich bin gern noch ein Stündchen mit Ihnen zusammen, und ich hoffe, es soll ein fröhlicher Abend werden.“ Er war entzückt. „Es freut uns,“ sagte er einfach. „Ja,“ fiel Baret mit Begeisterung ein, „ich bin schon öfter nach Goarshausen ge-fahren, doch nie war die Fahrt so schön wie heute.“ „Trotz des Regens,“ vollendete sie lachend. „Alo das gilt ein für allemal. Komplimente verbitte ich mir, die gibt es nicht.“ Schwerfällig drehte der Dampfer bei, zit-ternd und schlingelnd erreichte er die An-legestelle, klaffend slog das Seil an das Land, wurde von lehnigen Fäusten um den Eisenpfod geschlungen und der Kaufste-g rüberaerant. Wenig Fahrkräfte gingen an Land, darunter die beiden Schüler des Tech-nisums mit ihrer Dame. Georg bewunderte den federnden Gang und die schlank, ebenmäßige Figur. Die Sturmkappe sah tief und fest auf dem Kopf und verriet nicht die Farbe der Haare. Sie mußte wohl seine Bewunderung fühlen, denn die grauen Augen lächelten ihn an, so selbstsam, daß Georg mit einem Male seinen Ber-schlaaf wirte. Welch ein Weilen dachte er bekommen. Wie sie heißt, weiß ich nicht, und ist mir vertraut, als kenne ich sie seit Jahren. Niemals vordem fühlte ich mich

mit einer Frau so verbunden wie mit dieser Fremden. Da traf ihr leises Lachen sein Ohr, und wieder pochte sein Herz. „Wir wollen den Nachzügler mitnehmen. Kommen Sie, Sie Träumer, sonst verlieren wir Sie noch.“ „Nein,“ sagte Georg, „nein, mich verlieren Sie nicht.“ Ob man sie den Frauen zuzählt, von denen Nietzsche spricht? Oder ob sie von der Art war, wie Rentkloß sie geschildert? — „Ich glaube, Sie sind ein Träumer,“ scherzte sie. „Ein fürchterlicher Bücherwurm,“ schaltete Fritz Baret ein, „was der Mensch alles zusammensteilt. Jetzt ist er bei Kant und Schopenhauer, obwohl er Nietzsche noch nicht ver-daut hat.“ „Schade, daß Sie Nietzsche lesen, er paßt zu Ihnen nicht. Aber soviel Wissensdurst, aller-hand Hochachtung!“ Durch Gassen und Gäßchen führte der Weg, bis sie in ein kleines, vertieftes Weinhaus traten. Die Honoratiorenstube war leer, ihre Beleiterin schien bekannt, der Wirt zog tief die Miße. „Grüß Gott, Fräulein Twerfstein.“ Der Name ist eigenartig, wie die ganze Berlin. Georg half ihr beim Ablegen. Ein rotblonder Lockenkopf kam zum Vorschein, ein schlichtes Vla-Bollweid, und Georg stellte fest, daß sie jetzt, da das Licht grell ihr Antlitz bestrahlte, etwa dreißig Jahre sein mußte.

(Fortsetzung folgt.)

einverstanden sein. Auch die Bestimmungen über den Begriff und Umfang des gewerblichen Betriebs (§ 23) sind zu billigen. Dagegen fehlt es an einer Bestimmung über Ausgleichung oder Vergütung der Wertungen in den einzelnen Reichsgebieten, zumal im allgemeinen der gemeine Wert (§ 31) maßgebend ist. Verschiedene Teile unserer bad. Industrie und unseres bad. Gewerbes arbeiten mit Rücksicht auf erhöhte Frachten unter schwereren Verhältnissen als die Industrie in Norddeutschland. Ein Ausgleich hiergegen ist nicht vorgesehen. Die Vergünstigung von Mutter- und Tochtergesellschaften (§ 27) erscheint nach den bisherigen Erfahrungen der Steuerbehörde mehr als bedenklich. Der Steuerabzug (§ 28 und § 2 und 4 Riff. 4) kann nur einheitlich geregelt werden. Die in § 32 enthaltene Vollmacht des Reichsfinanzministers zur Aufstellung von rechtsverbindlichen Richtlinien für die Bewertung bestimmter Gruppen von Vermögensgegenständen (Maschinen zc.) ist nach den Erfahrungen aus der Kuno-Zeit (vgl. § 33 a des Einkommensteuergesetzes!) außerordentlich weitgehend und wird auf eine Vergünstigung der Großbetriebe hinauslaufen. Die Bildung von Gewerbevereinigungen (bei jedem Finanzamt) und von Obergewerbevereinigungen (beim Landesfinanzamt) dient nicht der Vereinfachung. Wir haben also auch auf diesem Gebiete ernsthafte Bedenken, hingesehen auf die Interessen unserer badischen gewerblichen Betriebe.

e) Der Entwurf enthält in § 38 eine Aufzählung von Vermögenswerten, die zum sonstigen Vermögen gehören. Es sollen hier nur zwei Bestimmungen herausgegriffen werden, die wohl für den Geist des Gesetzes bezeichnend, für einen rechtlich denkenden Menschen aber unzulässig sind. Schmuck- und Luxusgegenstände gehören nur dann zum steuerbaren Vermögen, wenn sie nicht zur Ausstattung der Wohnung gehören und wenn der gemeine Wert für jeden einzelnen Gegenstand mindestens zehntausend Reichsmark beträgt. Kunstgegenstände sind nur dann, wenn sie nach dem 31. Juli 1914 angekauft und der gemeine Wert für den einzelnen Gegenstand mindestens 200 000 Reichsmark beträgt. Hierzu ist jeder Kommentar überflüssig. Man ist wie vor den Kopf geschlagen, wenn man die heutigen Verhältnisse überdenkt und einen derartigen Vorschlag liest.

3. Ganz besonders wichtig ist aber die Prüfung der Frage: Welchen Einfluß hat das kommende Gesetz auf unsere badische Grund- und Gewerbesteuer u. damit auf die Steuerhoheit des Landes. Der Entwurf bringt auf diesem Gebiete für die Länder eine ganz erhebliche Bindung. Durch § 1 Abs. 2 des Entwurfes (vgl. auch § 4 und § 74) ist der Pflichtenkreis aufgestellt: Wenn ein Land eine Steuer beschließt, für die der Wert des Gegenstandes die Bemessungsgrundlage bildet, so müssen der Besteuerung die nach den Vorschriften des Entwurfes ermittelten Einheitswerte zu Grunde gelegt werden. Es ist also den Ländern nicht verwehrt, ihre Grund- und Gewerbesteuer nach einer anderen Bemessungsgrundlage im Rahmen der Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes (z. B. nach dem Ertrag oder nach dem Umfang oder Größe des Betriebes) zu erheben. Wenn aber der Wert maßgebend sein soll, so ist das vorgesehene Reichsgebiet bindender Art. Hierin liegt, — ganz allgemein gesprochen — eine weitere Beschränkung der ohnehin auf ein Mindestmaß zurückgeführten Steuerhoheit der Länder. Unser bisheriges badisches Grund- und Gewerbesteuerrecht ist auf dem Wert der Steuerobjekte aufgebaut; sie ist eine reine

Objektsteuer. Für Baden würde also diese Beschränkung gelten. Sie würde nach § 74 des Entwurfes für das Kalenderjahr 1926 in Kraft treten. Es sind innerhalb der Fraktion recht schwere Bedenken allgemeiner Art gegen die Preisgabe eines weiteren Stückes der Steuerhoheit geltend gemacht worden. Das Streben der Länder müsse nach Erweiterung der Steuerhoheit und nicht nach Preisgabe derselben gehen. Man müsse also von vornherein mit aller Kraft gegen diese Einstellung des Entwurfes sich wehren. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus lehnen auch alle übrigen süddeutschen Länder den Entwurf ab. Dazu kommen aber auch praktische Erwägungen. Wir können heute noch nicht ermessen, wie in Baden die Feststellung der Einheitswerte nach Maßgabe des Entwurfes ausfällt. Unter Umständen kommt ein Ergebnis heraus, das für unsere Landessteuer eine untaugliche Unterlage bildet. Dazu kommt, daß der Entwurf dem Reichsfinanzminister recht große, tief einschneidende Vollmachten gibt (vgl. beispielsweise §§ 75, 76!), die für die Länder unter Umständen verhängnisvoll werden können. Wir müssen für unsere badische Steuer in dieser Hinsicht freie Hand behalten im Interesse des Landes und der Steuerzahler. Bringt ein Bewertungsgesetz für das Reich Einheitswerte, die auch für die Landessteuern brauchbar sind, so werden wir gerne zugreifen. Im anderen Falle müssen wir die Freiheit haben, eigene Wege zu gehen.

Aus allen diesen Erwägungen heraus hat die Fraktion dem Entwurf gegenüber eine durchaus ablehnende Stellung eingenommen und die ablehnende Haltung ihrer Vertreter im Haushaltsausschuß gebilligt. Im Haushaltsausschuß haben die Zentrumstreiter allein — entsprechend dem Antrag ihres Berichterstatters — geschlossen gegen den Entwurf gestimmt, während die übrigen Fraktions- und Gruppenvertreter eine mehr vermittelnde — man kann auch sagen vermittelnde — Stellung eingenommen haben. Der Landbundesvertreter hat in der maßgebenden Sitzung zweimal seine Meinung geändert und schließlich mit der Mehrheit gestimmt. Er mußte wohl nicht, worauf es ankam.

Der Entwurf ist, wie er heute vorliegt, unannehmbar. Er bedürfte, wenn er unseren badischen Verhältnissen gerecht werden sollte, ganz wesentlicher Änderungen und Verbesserungen. Die obigen Ausführungen lassen erkennen, wo diese Änderungen einsetzen müssen.

### Kampf um den freien Rhein.

T. Basel, 10. März.

Der Kampf um den freien Rhein ist von neuem entbrannt, die Lösung in den beteiligten Rheinvertragsstaaten heißt jetzt: Rheinregulierung oder Seitenkanal. Nachdem vor einiger Zeit die französische Regierung mit ihrem Kanalprojekt, das einen Seitenkanal von Basel bis Straßburg vorsieht zum Zwecke der Rheinschifffahrt, während auf der Rheinstrecke die Erstellung von acht Kraftwerken vorgezogen ist, kommen nun auch die beiden andern interessierten Rheinstaaten, die Schweiz und Deutschland, und stellen dem französischen Kanalprojekt das ihrige der Rheinregulierung gegenüber. Bereits hat in Mannheim eine Versammlung von Rheinschiffahrtsinteressenten stattgefunden, die sich einmütig für die Rheinregulierung Straßburg—Basel und gegen den Rheinseitenkanal ausgesprochen, kommt nun auch

die Schweiz und stellt sich mit einem ähnlichen Projekte auf die Seite Deutschlands. Am Montagabend fand hier im großen Saalraum eine vom Basler Ingenieur-Architektenverein einberufene und von prominenten Persönlichkeiten besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher Ingenieur Miescher von Basel über die Regulierung des Rheines zwischen Straßburg und Basel sprach. Zu dieser Versammlung haben die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Land, Argau und Zürich, wie auch St. Gallen und die Bundesbehörden Vertretungen entsandt. An Sand von durch Lichtbild gezeigten Plänen gibt der Referent nun ein Bild vom Oberrhein, wie er früher war, mit allen seinen Nebenarmen und Hindernissen, von den Schiffahrtsbehindern der Strömung, von den bestehenden bzw. wandernden Kiesbänken; im folgenden Abschnitt wird das Rheinbett nach der durchgeführten Korrektur gezeigt, die unternommen, um der stetigen Hochwassererfahrung zu begegnen und dann folgte die Darstellung des neuen Projektes der Regulierung. Dieses sieht eine Strombreite von 75 Metern und eine Fahrwasserstiefe von 2 Metern vor, durch welche ermöglicht wird, daß die Schiffsahrtsdauer jährlich auf zirka 300 Tage erhöht wird. Die Regulierung ermöglicht auch, daß ein tal- und bergabführender Schlepplift unbehindert an einander vorbeikommt. Der Referent zieht auch einen Vergleich mit dem vorliegenden gleichen Projekt von Deutschland, das nur wenige Abweichungen zeige u. eine Schiffsahrtsdauer von 318 Tagen pro Jahr herausrechnet. Nach weiteren Vergleichen zieht der Redner den regulierten Rhein dem Rheinseitenkanal vor, und erntet für seine auf genaue Studium beruhendes Referat den lebhaften Beifall der Versammlung.

In der anschließenden Diskussion sprach als erster Ingenieur Vertiklinger, schweizerischer Delegierter in der Zentralkommission für Rheinschifffahrt, der sich ebenfalls für die Rheinregulierung bekennt; das Regulierungsprojekt sei das Werk eines Kompromisses in der Zentralkommission; man stimmte dem Bau des Kembs-Kanals und der Errichtung eines Kraftwerkes bei Kembs zu, und Deutschland und Schweiz haben den Auftrag erhalten, Projekte für die Rheinregulierung zwischen Rheinfelden und Straßburg auszuarbeiten, welchem Auftrage man von beiden Seiten nachgekommen sei, denn es liege ein schweizerisches Regulierungsprojekt von Ing. Boffard und ein deutsches von der Straben- und Wasserbauinspektion Freiburg vor, die im Prinzip das gleiche wollen. Demnach wird sich die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt mit den Projekten zu beschäftigen haben; die Franzosen werden dem Regulierungsprojekt ihr Kanalprojekt gegenüberstellen und da heißt es für die schweizerischen Delegierten in ihren Entschlüssen einig und einmütig zu sein, denn für eine rationelle Rheinschifffahrt gibt es nur eine Lösung und das ist die Rheinregulierung. Im gleichen Sinne spricht auch Regierungsrat Miescher-Basel aus, der ebenfalls in der Rheinregulierung die einzig richtige Lösung für das Rheinschifffahrtsproblem erblickt. Zwei Einwände stehen demselben entgegen: das französische Kanalprojekt und die Kostenfrage. Die Franzosen werden versuchen, ein Teil der schweizerischen und deutschen Delegierten für ihr Projekt zu gewinnen durch verlockende Versprechungen, welche Gefahr aber kaum mehr sehr groß sein werde. Schwieriger sei die Kostfrage; die Regulierung erfordere eine Summe von 62 Millionen Franken, in die sich die drei Uferstaaten Deutschland, Frankreich und die Schweiz zu teilen haben. Der Sprecher rechnet damit, daß die Schweiz sich nicht sperren werde, ihren Anteil daran zu übernehmen. Er hofft, daß die Eidgenossen in

der Ostschweiz wie auch diejenigen der Westschweiz für diese Ausgabe zu haben sind, denn die Schiffsahrtstreiber von Basel—Bodensee bezw. deren Durchführung steht in engem Zusammenhange mit der Frage der Rheinregulierung und ähnlich steht es mit den Schiffsahrtstreibern der Westschweiz.

J. R. Frey, Sekretär des Vereins für Schifffahrt auf dem Oberrhein, glaubt nicht an die Ernsthaftigkeit des Kanalprojektes Frankreichs, das nur darauf berechnet sei, die Rheinschifffahrt einzuschränken und zu hemmen. Den Franzosen ist es in der Hauptsache darum zu tun, den Verkehr nach der Schweiz für ihre Bahnen zu abfordern. Der Grand-Canal d'Alsace werde überhaupt nie zur Vollendung kommen. Dagegen sei Frankreich bestrebt, sein bestehendes Kanalnetz weiter auszubauen; bereits sei bei Besfort ein Teilstück fertig erstellt worden und spreche die französische Presse von der Rheinmündung bei Nancy; sind diese Kanalprojekte heute auch noch nicht ernst zu nehmen, so müsse man sich doch mit ihnen beschäftigen. An Sand einer durch den Projektionskommissioner besuchten Karte zeigt der Redner die Kanalbestrebungen Frankreichs und seiner Nachbarn, den Rheinverkehr an sich zu reißen. Der Redner erinnert zum Schluß an die am 27. Februar in Mannheim stattgefundene Versammlung, die ebenfalls energisch gegen das französische Kanalprojekt Stellung genommen. Es gelte nun für die Rheinregulierung einzutreten, für welche auch die deutschen Delegierten in der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt eintreten werden. Zwar werden die Franzosen die gleichen Versuche machen, die Deutschen durch glänzende Versprechungen an deutsche Firmen für sich zu gewinnen, wie sie es in der Schweiz mit teilweise Erfolg versucht hatten, wie dies die Genehmigung des Rheinstaues bei Kembs und der Erstellung eines Kraftwerkes bei Kembs gezeigt hat. Nest heißt es aber, ohne Bögen für die Rheinregulierung einzutreten.

Eine Beschlussfassung der Versammlung, ob Rheinregulierung oder Seitenkanal vorzugehen sind, hat nicht stattgefunden, weil ja dieser doch keine bindende Kraft zukommen würde. Aber auch als bloße Kundgebung wäre die Abstimmung nicht nötig gewesen, denn aus der Zustimmung zu den einzelnen Worten der Redner geht der Geist der Versammlung unzweifelhaft hervor, daß man in der Schweiz vom Rheinseitenkanal nichts wissen will, sondern der Rheinregulierung den Vorzug gibt.

### Aus dem Sumpf.

Ein Wien hat ein junger Mann, Rothsch, den Schmutzschiller Bettauer angezogen und schwer verwundet, um die beste Seite der Welt zu rächen. Die christlich-soziale Nachrichtenzentrale in Wien schreibt dazu:

Wien, 11. März.

Das Revoluerantentat eines unbekannt jungen Mannes auf den pornographischen Wiener Schriftsteller, Hugo Bettauer, ist keine Zufallserscheinung. Es ist emporgewachsen aus dem Milieu der mißverstandenen Freiheitsideale, das maßlose Demagogie auf dem Boden eines über Nacht entfallenden demokratischen Staates erzeugt hat. Bettauer ist ein ganz gewöhnlicher Pornograph, seine Spezialität bestand darin, daß er seine rein geschäftsmäßige Spekulation auf die erotischen Triebe, insbesondere einer exaltierten Weiblichkeit mit dem Dedmantel psychologischer Wissenschaftlichkeit zu umgeben verstand. Er machte aus der Forderung gänzlichlicher Hemmungslosigkeit der sexuellen Triebe eine Theorie und wurde dadurch zum An-

### Der katholische Akademiker und der Film.

Von Richard Muckermann (Essen).

Di profanum vulgus et arce... Unter diesem Motto strebt der katholische Akademiker eiliger Schritte am Kino vorbei. Ein bedauerndes Aufsehen über diese schöne Kultur, ein Degradieren aller derer, welche mit dem filmischen Ausmaß befaßt sind. Ein gewisses Blöden weiter und tiefer, sehen mit gewisser Beforgnis die alljährlich heranflutenden Massen des Volkes. Und sie gehen vorüber. Sie, die Führer und Gestirnen, sie, die Forscher nach letzten Gründen, sie, die Kenner der Volkspolizei, sie, die Dichter und Literaten, sie, die Bänder und Künstler. — sie gehen vorüber, sie helfen könnten und mühen — sie gehen vorüber. Ihr möget das tun, viellecht noch ein Degenium lang, der Film wird euch nie rufen, obwohl ihr ihn wertvolle Dienste leisten könntet, aber das Volk ruft euch und wird euch weiter rufen, und um der Volksgemeinschaft willen merket ein wenig, was dieses rufende Volk auch zu sagen hat.

Am 13. Februar dieses Jahres war ein Gedanktag des Films. Am gleichen Tage vor 30 Jahren meldete der französische Forscher Louis Lumière die Form des kinematographischen Apparates zum Patent an, die im wesentlichen auch noch heute maßgebend ist. Und dieser Apparat, entstanden aus der „Laterna magica“, ward mittels einer Wunderlampe. Wie ein Wunder mutet seine Entwicklung an. Trüb und flackernd begann seine Strahlen zu schimmern. Auf Kummelpfaden und bunten Großstadtbeden suchten sie ihre ersten Jünger. Die Lichter zogen. Gierige Augen warteten sich zusammenfallendes Kapital. Man konnte mehr anlegen.

Man wurde vornehmer, aus Kintoppen wanderte man in Kostümfächer, aus der dunklen Gasse zog man auf den Boulevard, das lebhaft Leben verdrängte den Jahrmärktsummel. Man brauchte den Menschen nicht mehr nachzulaufen, sie kamen von selbst, sie spendeten hereinstillig ihre letzten Groschen dem neuen Moloch. Schöte fingen an zu rauchen im Dienste der neuen Sache, Großbanken gegereten nicht mehr mit gewaltigen Krediten; die Filmindustrie war erwacht. Und heute umfluten die Straßen der Wunderlampe den ganzen Erdball. Dazu erfahren wir eilige interessante Zahlen aus einem Rastoverlag des Prof. Dr. Lehmann von der Technischen Hochschule zu Charlottenburg. Der Weltverbrauch an Kino-Kopien beträgt pro Jahr 500 Millionen Meter in der normalen Breite von 35 Millimeter. Die Filmstreifen eines Jahres würden also 12mal um den Äquator herumrunden. Der Wert beträgt über 100 Millionen Mark. 100 000 Kilogr. Silber werden jährlich auf 5 Linen verarbeitet, also mehr als bei jeder andern Industrie. Viele tausend Arbeiter stehen im Dienste dieser Industrie. Das erste richtige Lichtspieltheater in Deutschland wurde 1900 in Hamburg erbaut. Heute nach 23 Jahren besitzt alle n. Berlin 830 Lichtspieltheater mit etwa 100 000 Plätzen und ganz Deutschland etwa 4500 Theater mit 1 Million Plätzen. Wenn auch diese Zahlen nur ungefähre stimmen, so lassen sie doch mandrillig bedeutsame Schlüsse zu. Etwa 10 Millionen Menschen auf der weiten Welt besuchen täglich ihre 50 000 Lichtspieltheater: keine staatliche oder private Organisation keine Presse, kein Roman hat je so gewaltig in ihrer Erfassung breiter Schichten, wie diese Selbstorganisation des kinobühnenden Volkes, dieses Volkes, das je dem Instinkt folgt, geschickt geführt vom Kapital.

Und dieses Volk jähret uns Diffe, es ist nicht der bewußte Schrei eines Menschen,

der in Gefahr ist, nein, es ist der Schrei eines leeren Herzens, eines bildungsungehenden Verstandes, eines nach wahrer Kunst ausschauenden Gemütes. Fast 30 Jahre lang wurde dieses Volk betrogen, und wehe, wenn dieser Schrei verhallt, wehe, wenn die Masse nicht mehr fähig ist, nach Bildung zu greifen und zu hungern. Schon kann man in manchen Gebieten die Beobachtung machen, wie mir versch ebene Theaterbesitzer gestanden, daß der gute, der künstlerische, der wertvolle Film abgelehnt wird. Blutige Sensation und feichte Unmoral ziehen sonst kommt keiner. Und die jüngere Generation folgt mit Vorliebe diesem Wahlspruch. Eine gewissenlose Industrie sucht dieses verheerende Feuer noch zu schüren. Der Staat greift ein, Reformen setzen sich zur Wehr, und nicht zuletzt waren es auch einige wenige kath. Akademiker, welche mit bestem Erfolge diesen Dienst am Volk übernahmen. Die Industrie wurde aufmerksamer, man bremste, man modellierte um, Professor Lange von Tübingen wurde erster genannt, dieser weit vorausschauende Krieger im Streite. Der äußerlich kultierte Film vermittelte je ne Innenkultur. Er begann sich, und er suchte gutzumachen, was er geschädigt. Und das ist nie so einfach. Langsam, langsam wuchs er in die Tiefe. Dieses Wachsen machte in dem Maße Fortschritte, als es dem Kapital gelang, Bildung und Wissen, akademische Kreise sich dienlich zu machen. Wir erkennen Anfänge einer Filmwissenschaft, es wird auf Grund von Filmformationen promoviert, Kultur-limbücher werden geschrieben und Kontroverse mit unsern großen Dichtern und Literaten werden fruchtbar auf die Produktion. Da tauchen als erste große tendende Insel aus dem Wust von Aisch und Unkultur „Die Ribelungen“, aber wohl heiß umritten von nörndlicher Kritik, aber immerhin ein Werk, das überrascht und erzieht. Gebildete Menschen strömen in Scharen

zu den Kinos, zum ersten Male kann das Volk etwas Edles im Kino lernen. Kulturfilmwagen sich freimütiger in die öffentlichen Theater „Manut der Estimo“ erdient und „Das große weiße Schweigen“, aus dem Hochgebirge wint „Der Berg des Schicksals“ und aus den Tiefen des Meeres grünen Tiere und Pflanzen. In der Historie erwachen „Wielhelm Tell“ und „Wallenstein“ und nationale Begeisterung entfacht „Friedericus Rex“. „Der verlorene Schuh“ träumt uns das Märchen vor, wie wir es schöner nie zu träumen vermögen, und unsere Traurigkeit verflucht mit bestem Erfolg ein Harold Lloyd-Klangvolle Namen deutscher Bühnen beleben die Leinwand. Zwei Worte gefallen sich zusammen, zwei Worte, die sich bitterste Reuehaft geworden: Film und Kunst. Die Reformen haben endlich die richtige Formel gefunden: nicht wider, sondern mit dem Film um Kunst geht. So brachte uns endlich die Taube den guten Zweig.

Unsere Aufgabe aber ist es, uns aufzumachen und den Raum zu jagen und die Zeit und das Land. Noch sind ringsum Filmen um einige fonnige Punkte. Noch harzt der Weisen von Schmutz, der hier zu rein gen verjudet. Hier ist auch n. d. mit schönen Phrasen geblut. Was hilft es uns, wenn Herbert Eulenberg erklärt: „Der Wahlspruch muß sein: „Jeden Abend ins Theater, aber nie ins Kino!“ — Mit diesem Wahlspruch wird er bestimmt das Kino nicht aus der Welt schaffen.

Eine nächtliche Politik der Tatsachen muß auch der katholische Akademiker treiben. Er darf keine wertvollen Dienste dem Volke in dieser wichtigen Frage nicht entziehen. Jede Fultulit wird hier benötigt. Ich erhalte gerade von einem katholischen Akademiker ein Pamphlet zugewandt, an dem er lange Zeit mit großer Liebe und Sorgfalt gearbeitet hat. Es

maist aller G...  
fen, aller t...  
fündete ein...  
weder im h...  
in den G...  
Grenze sind...  
Weiler der...  
bet bei allen...  
oder gefell...  
waren. Er...  
mäßigigen...  
schreit, die...  
auf raffiner...  
legt war, w...  
plaren vor...  
wanderte bei...  
kant, machte...  
sonden und...  
finfte unmi...  
schrift drang...  
vergiffete de...  
heren Lösch...  
in 60 000 C...  
schäftlichen...  
mung an.  
literatur, un...  
berührt un...  
lodenden T...  
ausgeführ...  
wird vergl...  
schlechte...  
Familie, w...  
erwirkte tie...  
aller jener...  
mie feithie...  
Spielball...  
machen wol...  
nahm umio...  
linstehend...  
fand. Für...  
wurde Bett...  
Nun bestel...  
Lebereint...  
Befämpfung...  
Osterreich...  
wakt hat vo...  
Klage gege...  
Treiben G...  
schmoren...  
linstehend...  
rigen Loh...  
Bettawers...  
renen wurd...  
pornograph...  
Nun ein ju...  
und von de...  
heißt und...  
stammt, ha...  
eigene zu...  
den Mensch...  
nerlei Bezi...  
nach dem...  
Mordansch...  
Stillschlei...  
auf der ein...  
keit auf de...  
fern ist die...  
der vor de...  
den Demag...  
pornograph...  
als die W...  
Schundsch...  
ritische E...  
zialdemokr...  
Seit, die...  
sich auch...  
erbitterter...  
über den L...  
hat, in leg...  
Shtems a...  
die Sozial...  
auf bloßen...  
gogie gem...  
nod. Die...  
len dieselb...  
vertanden...  
aus niede...  
tigen Zwe...

Walt aller Ehebrecher, aller erotisch Entgleiten, aller krankhaft Veranlagten. Er verführte ein zügelloses Bacharientum, das weder im halbwichigen Kindesalter, noch in den gesellschaftlichen Schranken eine Grenze finden dürfte. Er riß die letzten Pfeiler der Selbstziplin nieder und findet bei allen Wiederhall, denen moralische oder gesellschaftliche Hemmungen unbrauchbar waren. Er fand diesen Wiederhall bei halbwichigen jungen Mädchen. Seine Wochenschrift, die von der ersten bis zur letzten Zeile auf raffinierteste erotische Erzählung angelegt war, wurde in Tausenden von Exemplaren vor den Mädchenjulen kopiert, wanderte verstoßen von Schulbank zu Schulbank, machte die Munde in den Mädchenpensionaten und erweckte die verborgenen Zügel unzüchtiger Kinder. Seine Wochenschrift drang in die solidesten Familien und vergiftete das Denken der Frauen und deren Töchter. Seine Wochenschrift wurde in 60 000 Exemplaren abgesetzt. Seine gesellschaftlichen Erfolge spornen zur Nachahmung an. Es entstand eine ganze Schundliteratur, die das Strahlenbild Wiens beherrschte und unter den verschiedensten anlockenden Titeln von den Kolportieren hinausgeschrien werden. Die Schundliteratur wirkte vergiftend auf das sittliche und gesellschaftliche Leben, wirkte zerstörend auf die Familie, wirkte zerstörend auf die Jugend, erweckte tiefste Empörung und Entrüstung aller jener, die noch den Gedanken der Familie verhielten und die Jugend nicht zum Spielball gemeinlosen Begehrten machen wollten. Dieser Zerstörungsprozess nahm umso mehr überhand als er in der linksstehenden Presse eifrige Verteidiger fand. Für das politische Demagogentum wurde Bettauer der gefeierte Schrittmacher. Nun besteht ein internationales Genfer Lebereinkommen aus dem Jahr 1923 zur Bekämpfung unzüchtiger Literatur, dem auch Österreich beigetreten ist. Der Staatsanwalt hat vor kurzem versucht, durch eine Anklage gegen Bettauer diesem schändlichen Trieben Einhalt zu tun. Das Wiener Geschworenengericht sprach Bettauer frei. Die linksstehende Presse machte aus dieser traurigen Tatsache einen neuerlichen Triumph Bettauers und der Freispruch der Geschworenen wurde zur schreienden Klame für die pornographische Wochenschrift Bettauers. Nun ein junger Mensch, den niemand kannte und von dem man nur weiß, daß er Rothstoch heißt und aus einer anständigen Familie stammt, hat zur Selbsthilfe gegriffen, auf eigene Faust Vergeltung gewirkt. Der hat den Menschen Bettauer nie gekannt, hat keinerlei Beziehungen zu ihm und gab lauthals nach dem Attentat zu Protokoll, daß er den Mordanschlag verübt hat, um die beschämte Sittlichkeit zu rühnen. Gemunungslosigkeit auf der einen Seite hat also Gemunungslosigkeit auf der anderen Seite ausgelöst. Inwiefern ist die Tat symptomatisch für den Geist, der von dem sich jetzt in Wien breit machen den Demagogentum gajüchtet wurde. Den pornographischen Bettauer haben seinerzeit, als die Polizei gegen die Verbreitung seiner Schundschriften einschreiten wollte, der marxistische Schulreformator Glöckel und der sozialdemokratische Bürgermeister Wiens, Seis, die Mauer gemacht. So präsentieren sich auch die Revolverhülle, mit denen ein erbitzelter junger Mensch seiner Entrüstung über den Verderber der Jugend Luft gemacht hat, in letzter Linie als Folgeerscheinung des Systems absoluter Gemunungslosigkeit, das die Sozialdemokraten zum Leitmotiv ihrer, auf bloßen Wählerfang berechneten Demagogie gemacht haben. Nach Saburel — Rothstoch. Die Urauelle der Tat ist in beiden Fällen dieselbe: eine verderbliche Doktrin mildernden Freiheitsideale, die Spekulation aus niederen Masseninstinkte zu selbsttätigen Zwecken einzelner.

**Der Kampf um den Finanzausgleich.**

Berlin, 12. März. In den Besprechungen der Berliner Presse spielt auch weiter die Frage des Finanzausgleichs zwischen dem Reich und den Ländern eine sehr wesentliche Rolle. Dabei ist es bemerkenswert, mit welcher Schärfe namentlich die rechtsgerichteten das Reichsfinanzministerium warnen, in seinen Zugeständnissen zu weit zu gehen. So bezeichnet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die Tatsache, daß die übrigen Geleitzentwürfe zur Finanzreform vorwiegend anerkennend besprochen worden sind, daß aber der Finanzausgleich, so wie ihn die Regierung beabsichtigt, von den verschiedensten Seiten gerügt werde. Das Blatt erinnert daran, daß es verhängnisvoll darauf hingewirkt habe, daß von der Errichtung einzelstaatlicher Finanzverwaltungen die Zerstückelung der Reichsfinanzverwaltung untrennbar wäre. Man habe andererseits mit einem gewissen Erstaunen davon Kenntnis genommen, in wie weitem Maße den Ländern und Gemeinden hinsichtlich der Festsetzung der Einkommensteuer entgegengekommen worden ist. Man könne die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die Reichsregierung in ihrem an sich schönen Bestreben nach größtem Ausgleich doch den Sonderwünschen in einem Maße entgegengekommen ist, das sich rein rechnerisch mit dem Gesamtinteresse und einem geordneten Reichsfinanzwesen nicht verträglich verhält. Während sich die Stellungnahme der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegen die unbeschränkten Zuschläge überhaupt richtet, hält der „Deutsche“, das Blatt Stegerwalds, die Zuschläge trotz einer Reihe gewisser beachtlicher Bedenken für vertretbar, aber auch dieses Blatt ist der Ansicht, daß zum mindesten eine Erhöhung der Anteile des Reiches an der Einkommensteuer dringend notwendig ist.

**Neuregelung der Renten der Sozialversicherung.**

Berlin, 12. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute zunächst mit der Frage der Erörterung des Reichszuschusses für die Renten aus der Sozialversicherung. Abg. Esser (Zentrum) kündigte an, daß der sozialpolitische Ausschuß eine Neuregelung vornehmen wolle, die eine Erhöhung der Staatsmittel nicht erfordere. Alle übrigen Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten wurden abgelehnt. Der Ausschuß setzte dann die Beratungen des Haushalts des Reichsministeriums fort.

**Die Aufwertungsfrage vor dem Aufwertungsausschuß des Reichstages.**

Berlin, 12. März. Im Aufwertungsausschuß des Reichstages erklärte Reichsfinanzminister von Schlieffen, daß die Reichsregierung die begründete Hoffnung habe, in aller nächster Zeit das Aufwertungsgeleit vorzulegen. Es sei nicht richtig, daß das Kabinett sich mit einem solchen Entwurf noch nicht befaßt habe. Vielmehr habe es sich in wiederholten Beratungen mit neuen Entwürfen des Geleites beschäftigt. Der Ausschuß lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung ab, nahm dagegen den Antrag West (DnL) an, der zur einseitigen Regelung der Aufwertung fordert, daß die Artikel 1 und 2 der 3. Steuernotverordnung mit der gleichzeitigen Neuregelung der Aufwertung außer Kraft treten, jedoch höchstens am 31. Mai 1925. Dasselbe gilt von den zur Durchführung, Ergänzung und Änderung der vorangeführten Regelung erlassenen Vorschriften. Zum gleichen Zeitpunkt soll die Verordnung des Reichspräsidenten zur einseitigen Regelung der Aufwertung aufgehoben werden.

**Benešs Partei gegen den Vatikan**

Berlin, 12. März. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Prag: Die tschechischen Nationalsozialisten, die Partei, der der Außenminister Dr. Beneš angehört, werde im Parlament eine Interpellation über den päpstlichen Nuntius Marmaggi einbringen, der sich in die inneren politischen Verhältnisse der Tschechoslowakei einmische. Marmaggi hatte gegen das Geleitz zur Regelung der Feiertage protestiert, da sich die tschechische Regierung dabei nicht an frühere Vereinbarungen mit dem Vatikan gehalten habe. Der Abgeordnete Grujovský, der mit der Ausarbeitung der Interpellation betraut wurde, ist ein persönlicher Freund Benešs und hatte schon seinerzeit im Parlament die Abberufung des päpstlichen Nuntius in Prag verlangt.

**Weitere Verzögerung des Foch'schen Gutachtens.**

Paris, 12. März. Das neue Gutachten des Marschall Foch über den Generalbericht der Kontrollkommission und die Maßnahmen zur Abrüstung Deutschlands wird, wie „Revue Parisien“ meldet, erst im Laufe der nächsten Woche erstattet werden. In französischen Kreisen scheint man neuerdings auf eine rasche Erstattung des Schriftstückes keinen besonderen Wert mehr zu legen, solange sich die diplomatische Lage aufgrund der Genfer Besprechungen nicht geklärt hat. Außerdem wird die Vorschatterkonferenz, wie das gleiche Blatt hervorhebt, erst nach der erneuten Besprechung Chamberlains mit Gerriot in der Lage sein, die Prüfung des Generalberichts an Sand neuer Besichtigungen wirksam wieder aufzunehmen.

**Wiesbaden, Sitz der ständigen Kontrollkommission.**

Paris, 12. März. Nach Blättermeldungen aus Genf soll Wiesbaden Sitz der ständigen Kontrollkommission des Völkerverbundes für die entmilitarisierte Rheinlandzone werden.

**England und Deutschland.**

**Propaganda gegen den deutschen industriellen Wettbewerb.**

London, 12. März. Seit einiger Zeit wird in der englischen Presse wieder lebhafte Propaganda gegen den deutschen industriellen Wettbewerb gemacht. In großer Aufmachung bringt heute die „Daily Mail“ wieder einen Artikel über den deutschen Wettbewerb und sagt, daß der Dawesplan, der Deutschland mit Kredit versorgt habe, es Deutschland leicht mache (1) mit dem britischen Handel in Wettbewerb zu treten. — Der Berliner Korrespondent berichtet von mehreren bedeutenden Aufträgen, die von britischen Firmen nach Deutschland gegeben worden seien. Die Straßenbahngesellschaft in Dublin habe bei den Deutschen Kesselwerken ihren Bedarf für die nächsten zwölf Monate bestellt; ferner habe die indische Eisenbahnpagnie 34 Waggons und die südafrikanische Eisenbahngesellschaft 15 Lokomotiven in Deutschland bestellt. Erst gestern habe die „Gute Hoffnungshütte“ trotz schärfster britischer Wettbewerbs den Auftrag zum Bau einer Brücke in der Nähe von Rotterdam erhalten.

London, 12. März. Ein Abgeordneter stellte gestern im Unterhaus die Frage, ob die Regierung eine Erklärung über die Wirkung der Reparationsforderungen der Alliierten auf die Löhne und Arbeitsbedingungen in Deutschland abgeben könne, und ob die deutsche Regierung Silfgelder an diejenigen Industrien gegeben habe, die mit der brit-

ischen Produktion im Wettbewerb ständen. Baldwin erklärte, er glaube nicht, daß es gegenwärtig möglich sei, die Wirkungen der Reparationszahlungen auf die Löhne und Arbeitsbedingungen in Deutschland abzu-schätzen. Der deutschen Regierung stände es ebenso wie jeder anderen Regierung frei, Silfgelder zu gewähren, solange die hieraus entstehenden Kosten die Ausführung der Reparationsverpflichtungen nicht beeinflussten. Auf die Frage, ob die deutsche Regierung den deutschen Schiffsbaugeellschaften, die kürzlich einen Auftrag für britische Schiffe erhalten hätten, Silfgelder gewährt hätte, erwiderte Baldwin, ihm sei darüber nichts bekannt.

**Geheime Flottenkonferenz in Singa-pore**

London, 12. März. Wie aus Singa-pore gemeldet wird, nimmt die Flottenkonferenz ihren Fortgang. Ueber die Verhandlungen wird Still-schweigen beobachtet. Es verlautet, daß die großen Kriegsschiffe bis 18. oder 19. März in Singa-pore bleiben werden.

**Amerika.**

**Coolidge bleibt hartnäckig.**

New-York, 12. März. Trotz seines Mißerfolges im Senat hat Coolidge erneut Warrens zum Generalstaatsanwalt vorgeschlagen.

**Ägypten.**

**Das Ergebnis der ägyptischen Wahlen.**

London, 13. März. Das Endergebnis der Neuwahlen in Ägypten steht noch nicht fest. Die Anhänger Zaglul Paschas sind zur Zeit ungefähr ebenso stark wie die übrigen Parteien zusammen. Die bisherigen Zahlen sind folgende: Zaglul Pascha 97, die anderen Parteien 98 Sitze, 11 Resultate sind noch unbekannt. Bei den letzten Wahlen hatten die Zaglulisten erheblich mehr Sitze errungen. Nach den bis jetzt in Kairo eingetroffenen Meldungen ist Zaglul Pascha mit 378 Stimmen zum Abgeordneten gewählt worden. Man glaubt, daß die Zaglulisten diesmal in der Minorität bleiben werden.

**China.**

**Sunjatsens Tod bestätigt.**

London, 12. März. Aus Tientsin und Peking werden die Gerüchte über Sunjatsens Tod bestätigt.

**Aus dem sozialen Leben.**

Die Mannheimer Eisenbahner erklären sich mit den Streikenden solidarisch.

Mannheim, 12. März. In einer von etwa 300 Eisenbahnern besuchten, von der Arbeitskommission des Deutschen Eisenbahnerverbandes und der Reichsgemeinschaft Deutscher Eisenbahnbeamter einberufenen Versammlung wurde zu den Forderungen der Eisenbahner Stellung genommen. Nach einem Vortrag des Vorsitzenden Schumann des Bezirks Mannheim des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die Versammlung mit den streikenden Eisenbahnern solidarisch erklärt. Von der Verbandsleitung der Organisation wurde ein Aufruf zur Arbeitsniederlegung gefordert, wenn nicht in dieser Woche ein annehmbares Resultat erzielt wird. Sollte es sich bestätigen, daß die Verwaltungen in den streikenden Bezirken Beamte unter Androhung der Entlassung zu entziehender Streikbrecherarbeit zwingt, so werden auch die Mannheimer Eisenbahner die Arbeit niederlegen. — Die Entschließung fand einstimmige Annahme.

Freiburg, 12. März. Der Arbeitgeberverband für Handel und Industrie im Kammerbezirk Freiburg sprach einstimmig dem bisherigen ersten Vorsitzenden Dr. Simmelbach das Ver-

großem Staunen erhob, war gerade das Ungeheuer, groß Fragende, Weltvolle, Unausprechliche.

Größer ist das Ungeheuer als das Wort, der Atem in der Blüte der Lippen, der Keimling eines Gedankens in den Furchen der Stirn! In mir ist alles Klang und Reim. Und was nach Wunden in mir ist und Dual und Sehnsucht, reimt sich auf „Gott“.

Eine Fliege läuft über mein Papier, Ihre Flügel heben vor Entziden im Strahl der Sonne. Wollen wollen vor'm Fenster, beschaulich und ohne Ziel. O Harmonie der Welt!

Der Abend fällt wie Gras unter der Sichel des Mondes. Es duftet nach Heu. Durch die Appressen läuft der Wind und hauset es heraus: daß er drüben einen großen Stern fallen sah...

Gestalten schauern auf, Admännern, Mägde, einigen sich vor dem Unbegreiflichen und zittern. In dessen die alten Willen traumhaft unter Bäumen lagern und die Wege verbergen, die zu Wurberbüren gehen.

Der Fieber ist tief, wie der Himmel tief ist. Mühselos jammere ich das helle M in meinen Augen.

Es ist ungeheuer; nicht aussudent!

Wir sind Pilgrime, ferne von Gott. Wir haben hier keine bleibende Stadt. O ewige Stadt der Ewigkeiten, aufgeführt über dem wechselnden Bild des Verfallens und Wiederaufbauens dieser geringen Dase im Wüstenland der Welt...

Rom. Du im Gladien-schwall über alle Dächer endlos wandernder Walm! — Du im Gladien-schwall über alle Dächer endlos wandernder Walm! — „Es dürstet meine Seele nach den Vorhöfen des Herrn!“

**Immergrün-Blätter aus dem Süden.**

Von Otto Giller-Godesberg.

**Rom. \*)**

Zu Kloster der Trappisten bei den Kalatomben von San Gall ist ein einziger Gottesdienst in das Leben dieser Mönche, lebendig bewegte Liturgie.

Frühmorgens die Laudes. „Und es gerissen die Berge wie Wachs vor dem Angesichte des Herrn.“

Die Pfalmen der Nacht werden freudiger, bewegter, jubelnder. Und draußen vor den Fenstern des kleinen Oratoriums erhebt sich zögernd das Licht. Stimmen flattern und fliegen auf. Man spürt es über die großen Hallen hinweg, vernimmt es aus jedem Klang: Himmel und Erde ist ein Reim, ein Rhythmus, das immer „Sonne“ sagt. Und alles Wesen lallt und klappt und geist und singt und ruft: Ja!

Ich höre hinaus. Und höre den Sturm und den Morgenstern.

Das Hornorium singt, immer dieselbe Cadenz, aber unendlich wie ewige Schönheit. Man möchte dahinwinken und alle Sünden von gestern und ehegestern von sich streifen...

„Die Berge zerbrechen wie Wachs vor dem Angesichte des Herrn!“

Es ist noch nicht lange, daß es mich freut, so morgens früh schon herumzulaufen.

Man muß in den Festsaal hineingestochen werden. Als wenn wir Angst vor dem Erhöhen

\*) Vgl. auch das Heftchen vom 2. März.

hätten! Aber es ist nur die Angst vor dem strengen Berg, den wir hinauf müssen, ehe wir auf dem Gipfel sind.

Feier des Morgens im Garten nach der ersten Messe! Die Tropfen an Brunnen sind noch schwarz und schwer. Blau unter den Strahlen des aufgehenden Mondes liegt die Erde... Bis durch die fingenenden Blätter der hohen Eucalyptus-Bäume das flüchtige Goldlicht rini...

Die Glocke läutet. Und drinnen heben sie an: „Aubate pueri Dominum...“

Empfang beim St. Vater. Wenn man vorher kritisch sein wollte und viel sehen und viel behalten — man kommt heraus wie ein Zaumelnder.

Ehe die Reihe an uns war, sahen wir, wie der höchste Herr der streuenden Kirche sich zu Kindern neigte, ihnen die Hand auflegte und sie liebesagete. Er muß sehr milde zu ihnen gesprochen haben. Die Mütter lüften das Haar der Keinen, auf denen die geliebte Hand geruht. Und — o Freude — auch bei uns bleibt der Statthalter Christi stehen, hört vom Major domus den Namen „Deutschland“ und redet uns in unserer Muttersprache an.

Er hat ein gutes Wort für uns vom Reim, erinnert an Köln, es klingt wie der Trost eines Vaters, daß noch alles einmal gut werden mag!

Diese Augenblicke sind erquickend. Dieser Tag ist der Seele eingeschrieben als ein seltener Feiertag und Trosttag.

Ziellos durch die bewirrenden reichen Sammlungen des Vatikans. Ich suchte und wachte nicht was.

Das war es nicht, wovon ich mich einmal zur Bewunderung befürchten ließ die schöne, geschmeidige Linie der griechischen Bildwerke, ihr weicher Einklang in die Luft.

Ich blieb stehen. Ein Gesicht sah zu mir her wie von Drüben. Ägyptisch, uralt, hieratisch. Was sollen die Erklärungen! Was mich zu

Besten sind. el-Bo- fteht in age der es mit tichweiz. ns für bt nicht projektet met sei. und zu Saupt- nach der rberieren. berhaupt egen sei Kanal- bei Bel- den und r Rhein- analpro- nehmen. häftigen. s-errat die Ra- iner Ab- reihen. n die am sefundene ich gegen ung ge- heinregu- die deut- mmission werden. gleichen rch glän- r Firmen r Schweiß- tten. wie ttaus bis tftwerkes t es aber, rung ein- ammlung. anal vor- den, weil aufommen ndgebung gewesen. einzelnen der Ver- h man in al nichts gulierung

f. ger Mann, steller Ver- der verum- t zu tä- nachricht- agu: März. unbekannt- graphischen ttauer, ist emporge- überstande- Demagogie tftandenen t. Bettauer raph, seine keine rein die ero- egalisierten el psycho- geben ver- rung gänz- ellen Triebe zum An- un das Voll zweifeln e tigen Ehe- schein und s dem Hoch- Schiffsals grünen Tiere wachen „Wit- n“ und na- ibericus u“ träumt chöner ne zu r Traurigkeit Harold Mond- n sich behel- en sich zusam- nbschaft ge- Die Reformen- n die Me- n die Me- den großen es, uns auf- und die Zeit- in Blüten um t der. Weien verücht. Der gebient. Was berg erklärt: Die Abend ins. Mit diesem Rino nicht aus tftandens muß tter treiben. dem Wolfe in- chen. Jede Na- herhalte gerade er u r In- am Herzen stent. Das ist wahre Volks- gemeinschaft!









ALLGEMEINE  
22-27. MÄRZ

KOLNER

MESSE

TECHNISCHE  
22-31. MÄRZ

MIT SONDERGRUPPE  
WARMEWIRTSCHAFT  
UND BAUMESSE

Stadtausschuss für Leibesübungen und Jugendpflege  
Karlsruhe.

Mittwoch, 18. März, abends 8 Uhr

im Chemischen Hörsaal der Technischen Hochschule

Lichtbilder-Vortrag

des Universitätsprofessors Dr. med. u. phil. DRESEL-Heidelberg über  
Hygiene der Leibesübungen

Zutritt nur Erwachsenen.

Vorverkauf: Musikhaus Müller und Sporthaus Freundlieb.  
Karten: 1 Mark; Abendkasse 1 50 Mark 1524

Das Schwimmbad  
im  
Vierordtbad

bleibt wegen Vornahme von Instand-  
setzungsarbeiten ab 1576

Montag, den 16. März ds. Js.  
auf ca 10-14 Tagen

geschlossen.

Elektr. Licht-, Schwitz- u. Kur-  
badeabtlg. sowie Wannenbäder  
bleiben

geöffnet.

Gar. rein erzfll.  
Qualitäts-Bienen-

Honig

(eine minderwertige  
Auslandsware) verlesen  
in Postfaktis von  
1 1/2 Pfund an

Großhandl. Ebersbach  
Sa. Billigster Preis  
auf Anfrage.

Pianos

Uebel & Lechleiter  
Allein-Vertretung  
H. Maurep  
Kaiserstr. 176

Rohrstühle

werden dauerhaft und  
billig gelocht.  
Nisch. Gerrenstr. 60, III  
Sint. haus.

Gutes, süßes  
Wiesenhonig

aus der Saar, kann  
wagenweit von mir  
bezogen werden. An-  
frage number 7773 an  
die Geschäftsstelle.

Rest. Ziegler

Baumelsterstr 18 1592

Sonntag abend 8 Uhr

Familienkonzert.

Zur Aufklärung und Abwehr

empfehlen wir:

Der internationale Verein

Erster Bibelforscher

Eine Kritik von Pfarrer

Richard Gutfleisch.

Mit kirchlicher Druckerlaubnis.

Preis Mk. —.25.

Diese Broschüre bietet eine vollständige Aufklärung über den  
Gründer der Sekte, gibt einen Aufsatz seines Lehrgebäudes  
und enthält eine vollständig gehaltene Kritik der Grund-  
irrtümer. Für den so notwendigen Aufklärungsdienst und  
Abwehrkampf gegen diesen Feind unserer hl. Kirche ist  
obige Broschüre die beste Hilfe.

Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei. Karlsruhe.

# Zum Umzug Extra-Preise!

## Gardinen

Scheibengardinen, abgepaßt, Paar	1.25	0.95	0.75
Gardinen, Tüll, weiß . . . . . Meter	0.75	0.60	0.50
Halbstores, Tüll . . . . . Stück	4.95	3.75	2.95
Etaminegardinen . . . . . Meter	0.75	0.65	0.55
Madrassgardinen, 3 teilig . . . . .	13.50	8.75	

## Ein Gardinenreste besonders preiswert

Portierengarnit., ausziehb., vermessen, kpl.	2.75	2.25
Scheibengardinen-Stangen, ausziehbar, vermessen . . . . . Stück	0.12	0.08
Stoffgardinen-Klammern . . . . . Satz	0.35	0.20
Porzellanringe . . . . . Dtzd.	0.45	
Porzellanquasten . . . . . Stück	0.10	
Rolokordel, weiß u. creme . . . . .	7 m 20 m	0.30 0.85

## Decken, Vorlagen etc.

Tischdecken, Filz . . . . .	6.75	5.75
Tischdecken, Kochelleinen . . . . .	5.95	3.75
Künstlertischdecken, neueste Muster . . . . .	12.50	9.50
Läuferstoffe, Jute . . . . . Meter	2.75	1.75
Linoleum . . . . .	67 cm 90 cm 110 cm	2.65 3.65 4.65

## Ein Wachstuchreste zum Aussch.

Wandschoner in verschied. Ausführungen	0.90	0.45
Bettvorlagen, Jute . . . . .	1.25	
Bettvorlagen, imit. Perser . . . . .	3.75	2.45
Bettvorlagen, Tapestry . . . . .	8.75	6.75
Türvorlagen, Kokos . . . . .	1.45	0.95
Bettfedern, dopp. gerein., füllkräft., Pfd.	5.50	3.75 1.80

# SCHMOLLER

Sommer-Semester 1925.

## Universität Köln.

Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche, Rechtswissenschaftliche, Medizinische- und Philosophische Fakultät, Handels- u. Verwaltungs-Hochschulstudium, Vorlesungsbeginn: 30. April. Die Einschreibefrist läuft vom 15. April bis 6. Mai. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitäts-Sekretariat gegen Vorauszahlung von Mk. 0,60 (dazu Porto Mk. 0,10) bezogen werden. 207

Eröffnung: Samstag, 14. März, 5 Uhr

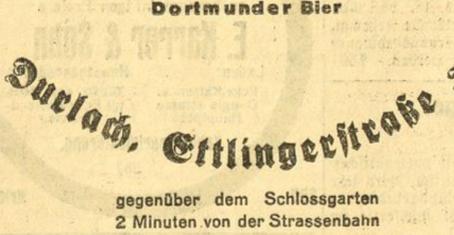
# PARKSCHLÖSSE

## KAFFEE - RESTAURATION

Vorzügliche Küche  
Eigene Konditorei  
Erlasene Weine  
offen u. in Flaschen  
Dortmunder Bier

Duelach, Ettlingerstraße 33

gegenüber dem Schlossgarten  
2 Minuten von der Strassenbahn



Auflage über 14 000  
6 Geschäftsstellen — über 100 Agenturen  
Konstanz am Bodensee. 151

Kauft bei unseren Inserenten.



Bodenwachs  
Büffel-Beize  
gelb.  
rot braun

schenkt rohen Fußböden u. Treppen  
in Neubauten ansprechende Farben  
und parkettartigen Hochglanz.  
Der „Büffel“ bürgt für Qualität!

## Spöhrersche Höhere Handelsschule Calw

Luftkurort i. württ. Schwarzwald  
Bedeutende Privaterziehungsanstalt mit Schülereheim, 300 Schülern  
(auch für Schülerinnen): Jahres- und Halb-  
jahresklassen, Akademiekurs, praktisches  
Übungs-kontor  
Realabteilung: Vorbereitung für Uebertritt in die Staatsschulen  
und für die Reichsverbandsprüfung.  
Aufnahme vom 10. Lebensjahr ab. Gute, reichliche Verpflegung.  
Drucksachen durch die Schulleitung.  
Neuaufnahme: 21. April.

## Vaillants Gas-Badeöfen

Zu beziehen durch alle  
Installationsgeschäfte.  
Illustrierter Katalog Ausgabe d 17  
kostenlos. 179  
Joh. Vaillant, Remscheid.

## Badische Lichtspiele

für Schule und Volksbildung  
Konzerthaus.  
Quer durch Afrika.

## Quer durch Afrika.

Mensch und Tier im Urwald.  
Mit Schomburgk in Sibiria 1924  
Vortragender Oberleutnant a. D. F. Holtz

Samstag, 14., Montag, 16., Dienstag, 17., Mittwoch, 18. März  
jeweils abends 8 Uhr, Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachm.

## Quer durch die Wüste Sahara.

Bilder aus Buchanan's 16 monatiger Forschungsreise  
Samstag, 21., Montag, 23., Dienstag, 24., Mittwoch, 25., Don-  
nerstag, 26. März, jeweils 8 Uhr abends, Samstag und Mittwoch  
auch 4 Uhr nachmittags.

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße.  
Preise für die Einzelaufführung Mk. 1.70, 1.50, 1.—, 0.60.  
Doppeltickets für beide Vorstellungen nur im Vorverkauf  
Mk. 3.00, 2.50, 1.50 und 1.—.  
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise.

## Das ganze Jahr hindurch

Wiederherstellung aller beschädigten Puppen und Anfertigung von  
Puppenperücken aus mitgebrachten Haaren. 558

Verkauf von Puppen und Puppenartikeln  
Erste Karlsruher Puppenklinik H. Bieler zwischen, Douglas-u. Hirschstr.

## Die Siederfettkäse

9 Pf. — Mk. 6.— franco  
Dampfkefsefabrik  
Neudorf.

Sehr schöne  
Bronzeglocke  
zu verkaufen. Näheres  
Kath. Pfarramt Fried-  
richsfeld. 269.

Kücheneinrichtung  
abr. für 30 Mk. zu  
verk. Gerantenstr. 8pt.

## Ernst Kratz

Waldstr. gegenüber der Hofapotheke



Solinger Messer  
Schleiferei

Ich bin nicht  
ungalant



und doch muß ich  
Ihnen sagen:  
Zu Ihrem teschen Mantel  
und dem entzückenden  
Hut fehlt als notwendige  
Ergänzung auf Ihren  
Schuhen der PILO-Lack-  
Glanz. Sie können ihn fast  
müheles erhalten: Tragen Sie  
Pilo hauchdünn auf,  
dann genügen wenig  
Bürstenstriche und  
Ihre Schuhe  
glänzen wie  
neu.



**Ämliche Anzeigen**

**Bausuchen betr.**  
Der Stadtrat hier hat die Änderung der Bausuchen im sogenannten Seidenfeldchen Feld, d. i. das von der nördlichen Hildpromenade, Hardt, Mollte- und Wälderstraße begrenzte Gebiet, beantragt.  
Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Angemessenheitsvermerk 14 Tage lang auf der Kanzlei des städt. Tiefbauamts zur Einsicht anliegt.  
Karlsruhe, den 11. März 1925.  
Bezirksamt - Abt. III.

**Eltern die Ihre Kinder dem Angestellten Beruf**

zuführen wollen, trägt Sorge, daß sie schon von Anfang an richtig beraten werden. Kostbare Zeit des Lebens wird vergeudet durch **mangelhafte Vertragsabschlüsse.**

Der G. D. A. i. die Gemeinschaft Gleichgesinnter und Gleichgestellter. Er bietet dem Lehrling eine Pflegestätte beruflicher Entwicklung und Fortbildung!  
Bei Fragen der Berufswahl, Stellenvermittlung und beim Vertragsabschluß erteilt **Auskunft der Gewerkschaftsbund der Angestellten** Geschäftsstelle Karlsruhe Steinmetzstr. 30. 1438

**Reform - Pädagogium**

**Singen a. H. (a. Bodensee)**  
Reform-Schule mit Internat. Kleine Klassen. Sorgfältig Unterricht bis Abitur. Beste Erfolge. Familien-Erziehung, nur 35 Plätze.  
Prospekte u. Empf.

**Stellenvermittlung des Augustinus-Vereins.**

4320. Kath. Hauptredakteur gef. Akadem., flott. Stenogr., febergem., erfahr. Journalist mit Repräsentationsfähigkeit f. angeh. Zeitung im Offen. Geh. nach Tüchtigkeit. Angebote an Generalsekretär Dr. Paul Weißbächer, Düsseldorf, Talstraße 55.

4321. Für Tageszeitung am Niederrhein (Zentrum) tüchtig, arbeitsfreud. Schriftleiter gef. Der. muß in d. Lage sein, durch reifes, politisch. Urteil d. Zeitung so zu führen, daß sie in ihrem Ansehen nicht geschwächt wird. Bedingung: notwendige Aufmerksamkeit für d. lokal. u. provinziell. Teil, wie interessante Gestaltung d. Zeitung, Beherrschung d. Stenographie u. stoffe Berichterstattung. Eintritt 1. resp. 15. April. Schriftl. Angebote m. Lebensl., Lichtbild, Zeugnisabschr., Stilproben u. Gehaltsansprüche an Generalsekretär Dr. Paul Weißbächer, Düsseldorf, Talstr. 55.

4322. Zur Leitung der Anzeigen- und Abonnements-Abteilung sucht kath. Zeitungsverlag m. Tageszeitung u. relig. Wochenblatt in groß. Stadt am Rhein (bei. Gebiet) zum 1. April oder später kath. Herrn m. guter Schul- u. Vorbildung (Wohnungsmittlerigt. zu beachten), durchaus erfahren, strebsam und tüchtig in mündl. u. schriftl. Propaganda, Organisations- u. Buchhaltung. Bevorzugt werden solche Herren, die bereits in ähnlichem kath. Unternehmen tätig waren u. Erfolge nachw. können. Ausführl. Bewerbungen mit Zeugnisabschr. u. Gehaltsanspr. an Generalsekretär Dr. Paul Weißbächer, Düsseldorf, Talstraße 55.

4323. Dr. rer. pol. neben wirtschafts- u. sozialwiss. Kenntnissen, gute philosophisch-theol. Vorbildung, bereits schriftstellerisch betätigt, mit rhetorischer Übung, wünscht als Dolmetscher bei kath. Tageszeitung einzutreten. Offerten an Generalsekretär Dr. P. Weißbächer, Düsseldorf, Talstraße 55.

4324. Der Posten d. **Hauptstiftleiters** groß. Zentrumszeitung Oberbadens ist mit 1. Juli neu zu besetzen. Für die Stellung kommt nur arbeitsfreud. Herr in Frage, d. über ausgereifte polit. Erfahrung verfügt, an schnelles Arbeiten gewohnt ist, vollständig zu schreiben versteht u. gewillt ist, seine ganze Kraft dem Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Angebote m. Lebensl., Stilprob., Bild u. Gehaltsansprüchen an Generalsekretär Dr. P. Weißbächer, Düsseldorf, Talstraße 55.

4325. Journalist, Süddeutsch. (28 Jahre), unversch., hum. Gymnas., volkswirtschaftl. Studien, sucht z. 1. April oder später Stellung als politischer Redakteur oder Alleinredakteur an Zentrumsblatt, gleich wo. Evtl. könnte Eintritt sofort erfolgen. Suchender hat gute polit. Erfahrung (bereits als politischer Verantwortlicher tätig gewesen), sowie differenzierte Kenntnis u. Befähigung in Parteiorganisation, sicheres Urteil für Theater und auch Musik. Zeugnisse zu Diensten. Angebote an Generalsekretär Dr. P. Weißbächer, Düsseldorf, Talstraße 55.

**Grosse Neu-Eingänge**

- Anzugstoffe Mtr. 17.50 bis 10.50 **6.50**
- Covercoat f. Mäntel Mtr. 18.50 **9.50**
- Kostümstoffe ne e Farben Mtr. 12.50 **5.00**
- Streifen u. Karos Mtr. 5.50 **2.50**
- Popeline in allen Farben Mtr. 4.50 **3.80**
- Homespun f. Kostüme u. Anzüge Mtr. 9.50 **3.50**

Grosse Auswahl - Billige Preise.  
**Etagengeschäft Ernst Junge**  
Kaiserstr. 29, 2 Treppen

**SONDER-VERKAUF**

**SAMSTAG BIS MITTWOCH**

**Kleiderstoffen**

**Seidenstoffen**

- Schotten Halbwole, ca. 90 cm breit, in neuen entzückenden Mustern . . . Mtr. **1.95**
- Schotten 105 cm breit, schöne Ausmusterung **2.75**
- Schotten u. Streifen 105 cm breit, neue Stellung, Cheviot **3.50**
- Schotten u. Streifen 105 cm breit, reine Wolle, eleg. Neuh **4.50**
- Foulé reine Wolle, ca. 70 cm breit, modernes Farbsortiment. . . . . Mtr. **3.95**
- Popeline reine Wolle, 105 cm breit, prima Qualität, aparte Saisonfarben Mtr. **4.50**
- Woll-Crepe (marocaine) 100 cm breit, die große Mode, schöne Farben Mtr. **6.00**
- Rips u. Rips-Mouline 130 cm brt. letzte Neuheit, einfarbig, gestreift und kariert . . . Mtr. **12.00**
- Rips-Tuch 130 cm breit, elegante Ware für Frühjahrsmäntel . . Mtr. **12.50**
- Strick-Stoffe (Wolltricot), 120 cm breit, aparte Neuh. f. Sportkl Mtr. **13.50**

- Helvetiaseide 90 cm breit, erstkl. Qualität in vielen Farben . . . Mtr. **4.50**
- Damasse-H'seide ca. 85 cm breit, solide Ware in schön Must **4.50**
- Eolienne ca. 100 cm breit, gute Kleiderware, großes Farbsortiment . . . Mtr. **5.90**
- Crepe de chine 100 cm br., mod. Farben, f. Straßen- u. Gesell.-Kleid **6.50**
- Crepe marocaine 100 cm br., la Qual., in apart, Frühjahrsfarb. **9.50**
- Crepe Georgette 100 cm breit, elegante weichfließende Ware **8.50**
- Satin Radium 100 cm br., hochglänzendes Gewebe in vornehm. Farb. **10.50**
- Foulard-Seiden ca. 100 cm br., aparte Frühjahrsneuheiten . **12.50**
- Taffet-Schotten u. Streifen ca. 85 cm br., die große Mode für Nachmittagskleid **13.50**
- Ottomane u. Rips 100 cm br., schwere Qualität, f. Mäntel und Kostüme **22.00**

**Foulardine**  
eleg. Seidenimitation, 100 cm breit, große Musterwahl, für Kleider und Futterzwecke Mtr. 2,95 **2.50**

Große Auswahl eleganter Neuheiten in bedrucktem **Crepe de chine / Crepe marocaine usw.**  
für Kleider- u. Kasakblusen Mtr. 15.—, 12,50, 9,50 **6.50**

Besichtigen Sie bitte unsere Schaufenster. Kostenlose Zusendung der gekauften Waren durch unser Auto.

In unserer Konfitüren-Abteilung Verkauf von Osterhasen und Eiern aus Schokolade, Zucker und Marzipan



**Offenbacher Lederwarenvertrieb**

nur Kaiserstr. 203, I. Etage - Kein Laden  
müssen Sie diese Woche besuchen, wenn Sie besonders preiswerte Lederwaren kaufen wollen.

**Fleisch- und Wurstlieferung**

für die Küche der Volkseigenen Kar Strube (ehem. Grenadierkaserne) (ca. 800 Le. Inhaber) für die Zeit vom 1. April bis Ende September 25 wird neu vergeben.  
Preisangebot und zwar Prozentfuß Abgebot von den von der Karlsruher Metzgereiung bekannt gegebenen Preisen bis 18. ds. Mts. an die Volkseigenen Kar Strube (ehemal. Grenadierkaserne) senden. Lieferungsbedingungen können dabei eingeholt werden. 1504

**Kirchen-Orgel Verkauf.**

Kleinere, fast neue Orgel mit pneumatischen Kegelladen, freitretendem Spielisch, wird sehr preiswert unter günstigen Zahlungsbedingungen abgegeben. Die Orgel steht spielfertig im Orgelsaal der Orgelbauanstalt  
K. Wöndt Söhne Heberlingen a. Bodensee.

**Linoleum!**

Große Auswahl! Billige Preise!  
Freis Meckel, Kreuzstraße 25  
Verlegearbeit wird übernommen.

**Wohnungstausch**

Von Schlesien nach Karlsruhe!  
Schöne, sonnige Drei-Zimmer-Wohnung mit Balkon, nebst Küche, Entree, 2 Kellern und Boden in Gebirgskleinstadt Schlesiens (13000 Einwohner) nach Karlsruhe zu tauschen gesucht. Zuschriften u. 3303 an die Geschäftsstelle

**MÖBEL**  
Betten / Polsterwaren  
zu bekannt billigen Preis n  
**E. Karrer & Sohn**  
Laden: Ecke Kalker- u. Douglasstrasse Hauptpost  
Hauptgeschäft: Kriegerstr. 200 (gl. Ecke Weste d. strasse.)  
Zahlungserleichterung.  
257

Kath. Mütterverein Mühlburg, St. Peter u. Paul. **Todes-Anzeige.**  
Unter liebes Mitgefühl,  
**Berta Fabry** geb. Dolbr ist im Herrn entschlafen. Die Seele der Verstorbenen wird dem Gebete empfohlen. Die Beerdigung findet am Samstag, 14. März nachmittags 4 Uhr, in Mühlburg statt.  
Trauerhaus: Bachstraße 44  
Montag, 7 Uhr Sprechstunde in der Peter u. Pauls Kirche, Karlsruhe, 14. 3. 1925.  
Der Vorstand.

**Grosse Auswahl**  
bester Solinger Taschenmesser - Rasiermesser - Rasierapparate - Rasierutensilien  
Haar- u. Bartschneidemaschinen Nagelpflegeartikel  
**Scheren aller Art**  
Tischbestecke - Tranchiermesser Löffel  
**Geschenk-Artikel**  
günstige Preise.  
**Geschw. Schmid**  
Kaiserstrasse 48  
Nähe Marktplatz. Tel. 8894  
Reparaturwerkstätte und Feinschleiferei

**2 leere Zimmer**  
zentral gelegen und für Bürozwecke geeignet, baldigst zu mieten gesucht.  
Angebote unter 7654 an die Geschäftsstelle.

**Colosseum**  
Heute abend  
**Die vertagte Nacht**

**Extra billige Angebote**  
Haustuch für Bettlicher Mtr. **2.20 1.90**  
Halbleinen f. Bettlich Mtr. **3.50 2.80 2.40**  
Damaste 130 cm breit **3.50 2.40 1.80**  
Bett-Barchente 130 cm Mtr. **3.80 3.50 2.80**  
Bett-Barchente 82 cm Mtr. **2.80 2.20 1.80**  
Matratzen-Dreile, Federn u. Daunen besonders billig 1518  
**Etagengeschäft Ernst Junge**  
Kaiserstr. 29, 2 Treppen

Seces, sep. Zimmer zu vermieten, geeignet zu Wohnung, Büro od. Werkstatt. Zu ertrag Weidenstr. 9 pt., 1-3 Uhr. 1452  
**Badisches Landestheater**  
Samstag, 14. März 1925  
C. 19, Theatergemeinde 5001-5006  
Aufgabe Erhaltung von Feitz Baumbach hat: Der arme Peter  
**Das Glas Wasser**  
Lustspiel in 4 Aufzügen nach H. G. Scribe. Neuverlegt und bearbeitet von Otto Stockhausen. In Szene gesetzt von Robert Büriner  
Personen:  
Ansgin Anna von England  
Grafin von Mart.  
Dorothy Ermant  
Henry von St. Jean  
Wulfner  
Reisinger  
Raffa  
Marquis von Lorch  
Georg Thompson  
Die Erstaufführung von „Der arme Peter“ ist auf Mittwoch, den 18. März, beschieden.  
Sonnabend 7 Uhr.  
Ende 9.15 Uhr.  
Preise: Operette 1. 1.00, 4.50 Markt.

Eeben erschienen:  
**Kardinal Michael Faulhaber**  
Erzbischof von München und Freising  
**Deutsches Ehrgefühl und Katholisches Gewissen**  
Preis M. 1.40  
Zu beziehen durch die Sortimentsbuchhandlung der **Badenia** u. G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe

Num  
Erweit  
und Bie  
Erbitte  
Gallen  
Amer  
Ko  
Newyo  
Presse  
frage  
Erklärung  
berufung  
konferenz  
Man nim  
rüttungsfo  
Genfer Pr  
Die M  
Stadium  
mer oder  
Abbrütlung  
unterrichte  
Solid  
erörterte,  
Plan in  
Beschlüsse  
in Amerit  
bei den an  
sich zu  
würden.  
Ladung  
Die Konfer  
der Einsh  
Vor alle  
len Kreuze  
habe seit  
Landheer  
direktes  
Landstreit  
gierung de  
nicht die  
auszuwien.  
Im  
dass nach  
Ausfichten  
rüttungsbo  
der Fall ei  
Macht nich  
so soll sie  
fache sei  
m ächte  
den.  
Aus dem  
Berlin, 1  
suchungsau  
nahm heute  
rätungen w  
stelte fest,  
Vorliegen  
habe, Angef  
dein. Es w  
Vorbereitung  
vorzunehmen  
Widerprüch  
dieser Antro  
Am  
lanote ein  
ministers  
den mitgete  
Reichstags  
Landtagsau  
vor dem Re  
soll. Darau  
ger vom  
genommen.  
Ministers a  
in dem der  
dische Sozio  
von Lebens  
Vorliegen  
mit Beziehu  
Minister  
ding er  
Erklärung  
schlechter un  
als andere.  
fundigung b  
Bernehm  
Robert Sch  
der Zeuge  
an, daß vo  
Richtungen  
ministerium  
mal sei kein  
gewesen.  
Keine  
Paris  
auswärtig  
und des  
Räumuna  
kräftigen  
Wierien  
Waffung